

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Klringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 27. Januar 1931

Brasilien in Not.

(Von unserem Korrespondenten.)

Int. Institut
Öst. Geschichte
Amsterdam

SPD. Rio de Janeiro, im Januar (Eig. Ber.)

Die brasilianische Bundesregierung hat kürzlich beschlossen, den Einwanderungsstrom nach Brasilien einzudämmen, oder wenn es ihr notwendig erscheint, demnächst ganz zu unterbinden.

Dieser Beschluss hat in allen Landesteilen starken Widerhall gefunden.

Rührt er doch an etwas, das im Laufe der letzten fünfzehn Jahre zu einer Art traditioneller brasilianischer Gastpolitik geworden war. Wenn die Regierungskreise heute mit dieser Ueberlieferung brechen, so nur, weil sie unter Ausserachtlassung wichtigster Voraussetzungen glauben, in einer einwanderungsfeindlichen Politik die Möglichkeit gefunden zu haben, deren Brasilien zur Heilung seiner politischen und wirtschaftlichen Nöte bedarf.

Die brasilianischen Krisenprobleme bleiben mit und ohne Einwanderung bestehen und bedürfen stärkerer Heilmethoden als der mechanischen Abriegelung nach aussen. Was heute an Uebelständen vorhanden ist, ist nicht die Folge verwaltungstechnischer Massnahmen, sondern die Folge von Wirtschaftsbedingungen, denen sich kein Land entziehen kann. Gerade Brasilien, das grösste Territorialgebiet des Kontinents und die zweitbedeutendste Macht Südamerikas, hatte seit fast zwei Jahrzehnten die Arme weit zur unterschiedslosen Aufnahme von Einwanderern geöffnet. Dieser Hunger nach Einwanderern ging in den letzten Jahren so weit, dass die führenden Schiffahrtsgesellschaften beträchtliche Regierungssubventionen zur Förderung überseeischer Zuwanderung erhielten.

Diese bewusst geförderte Einwanderungswelle musste naturgemäss zur wirtschaftlichen Hebung des Landes und damit zu seiner zunehmenden Bedeutung im internationalen Völkerkonzerte beitragen. Neues wurde auf Schritt und Tritt geschaffen und dem Lande vom Städtebau bis zur kleinindustriellen Anlage eine Entwicklung aufgepropft, die zu einem gewissen Grade jeden organischen Zusammenhang mit der ursprünglichen brasilianischen Wirtschaftsstruktur vermissen liess. Hand in Hand damit zeigten sich schädliche Auswüchse, die sich heute inmitten einer internationalen Wirtschaftskrise peinlicher denn je bemerkbar machen. Ist doch das moderne brasilianische Industrie- und Landwirtschaftsgebäude auf einer Grundlage errichtet, deren hervorstechendste Merkmale ein unerschöpfliches Arbeitsreservoir und dessen rücksichtslose Ausbeutung zu denkbar niedrigsten Preisen sind. Dieser wirtschaftliche Kolonialprozess hat, abgesehen von seiner menschlichen Verwerflichkeit, vorerst einmal das groteske Ergebnis gehabt, dass sich die breiten Massen auf der denkbar niedrigsten wirtschaftlichen Stufe befinden und von einer Aufschliessung des inneren brasilianischen Konsums trotz der ungeheuren Entwicklung des Landes keine Rede sein kann. Brasilien ist eine ausgesprochene Rohmaterialienquelle für hochentwickelte Industrieländer geblieben und hat, wenn diesem Absatze in Krisenzeiten einmal

Schranken vorgeschoben sind, auch nicht die kleinste Möglichkeit, die eigenen Produkte seinen auf der niedrigsten Sprosse der Verbrauchsskala lebenden Volksmassen zugänglich zu machen. In diesem Zustande eines sich seiner selbst unbewussten Proletariats, das nur für internationale Kapitalsgruppen schafft und dafür mit Bettelpfennigen abgespeist wird, liegt die Erklärung für die Uebel der riesigen südamerikanischen Nation.

Solche Schlüsse rechtfertigen klare Beweise. Kaffee ist das wichtigste Wirtschaftsprodukt Brasiliens und nimmt einen hohen Prozentsatz der Bevölkerung als Arbeitskräfte in Anspruch. Nach den Errechnungen der Kaffeepflanzer kann sich ein tüchtiger brasilianischer Plantagenarbeiter jährlich der Pflege von 2000 Kaffeebäumen annehmen. Dafür erhält er nach den Angaben für das sehr gute Kaffeejahr 1928 einen Jahreslohn von 350 Milreis, etwa 170 Mark, und einen gleichen Betrag für das Einbringen der Ernte. Alles in allem eine Jahresvergütung von etwa 700 Milreis, etwa 340 Mark, wozu noch die von den Plantagenbesitzern unentgeltlich gestellte Unterbringung in ärmliche Holzhütten und eine kärgliche Ernährung aus Reis und roten Bohnen tritt. Seit 1928 ist jedoch die Situation auf dem Kaffeemarkte so katastrophal geworden, dass sogar diese mageren Gehälter erheblich herabgesetzt worden sind.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in den Industriezweigen. So erhält ein gelernter Arbeiter in den sehr teuren Industriezentren einen durchschnittlichen Stundenlohn von 1,6 Milreis, etwa 65 Pfennige, bei einer täglichen zehnstündigen Arbeitszeit. Auch diese Löhne gelten nur für die führenden Industrier wie Automobil und Maschinerie, die unter dem unmittelbaren Einfluss amerikanischer Kapitalsgruppen mit ihrer hohen Lohnphilosophie stehen. Es ist bemerkenswert, dass die brasilianischen Fabrikanlagen von Ford und General Motors teilweise noch höhere Löhne zahlen, die bis zu 2,5 Milreis, etwa 1,06 Mark, steigen.

Die unbefriedigende Wirtschaftslage der Massen spielt gleichzeitig in das politische Feld hinein und lässt die verworrenen Hintergründe der öffentlichen Gegensätze Brasiliens erkennen, die sich mit beharrlicher Regelmässigkeit zu Kämpfen innerhalb der militärischen und bürgerlichen Machtgruppen und zu blutigen Revolutionen verdichten. Die Notlage der brasilianischen Massen hat sie immer wieder zur Beute von Agitatoren gemacht, die den Wunsch nach einer materiellen Verbesserung geschickt in das Gewebe ehrgeiziger und machthungriger Politiker zu spinnen wussten. Dem brasilianischen Arbeiter fehlt heute noch das Verständnis für seine eigene Macht und für die Rolle, die er bei politischem und gewerkschaftlichem Klassenzusammenschluss in seinem eigenen Lande zu spielen berufen ist. Erst dann, wenn ein bewusster Weg zur wirtschaftlichen und sozialen Hebung der Volksmassen eingeschlagen worden ist, wird Brasilien als ein moderner und zur Lösung seiner zahlreichen Schwierigkeiten berufener Volksstaat anzusprechen sein.

SPD. Der sozialdemokratische Regierungsdirektor Elsholz von der Schulabteilung des Regierungspräsidiums in Frankfurt a.d.O. wird nach Arnsberg i.W. versetzt werden. Die Versetzung erfolgt im Zusammenhang mit den Vorkommnissen, die anlässlich der Schulfeste zur Reichsgründung in Frankfurt a.d.O. zu verzeichnen waren.

Wie uns dazu aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, ist die Versetzung angeordnet worden, ohne dass Elsholz vorher Gelegenheit zu seiner Rechtfertigung gegeben worden wäre. Elsholz hat deshalb von sich aus ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt, um auf diese Weise eine objektive Untersuchung des Streitfalles herbeizuführen.

SPD. Eisenach, 27. Januar (Eig. Dr.)

Der neueste Willkür-Akt des Naziministers Frick besteht in einer Anweisung an die Polizei zur Durchführung des Pressgesetzes vom 7. Mai 1874. In der Bekanntmachung des Herrn Frick heisst es wörtlich :

"Wir weisen insbesondere darauf hin, dass nach § 9 dieses Gesetzes der Verleger von jeder Nummer einer periodischen Druckschrift, sobald die Austeilung oder Versendung beginnt, ein Exemplar gegen eine ihm sofort zu erteilende Bescheinigung an die Polizeibehörde des Ausgabeortes unentgeltlich abliefern muss. Diese Bestimmung hat den Zweck, den Polizeibehörden die Möglichkeit zu geben, alsbald in eine Prüfung des Inhalts der Zeitung oder Zeitschrift einzutreten, um bei etwa nötigen Beanstandungen die weitere Ausgabe oder Verbreitung der Druckschrift zu verhindern. Ergeben sich bei der sofort vorzunehmenden Prüfung des Inhalts Beanstandungen, so haben die Polizeibehörden sofort die nach dem Pressgesetz vorgesehenen Massnahmen zu ergreifen. Bei diesen Vorschriften wird es sich zumeist auf das polizeiliche Einschreiten in solchen Fällen handeln, in denen eine Herabwürdigung oder Verächtlichmachung der Staatsform oder der Landesregierung oder der der Landesregierung angehörenden Minister vorliegt."

Nur der Landesregierung oder der der Landesregierung angehörenden Minister, Herr Frick? Warum nicht auch der Reichsregierung oder der ihr angehörenden Minister? Weil dann täglich alle nationalsozialistischen Zeitungen in Thüringen verboten werden müssten? Aber der Zweck der Bekanntmachung ist ja, ausschliesslich die republikanischen und insbesondere die sozialistischen Zeitungen zu treffen. Wie dem jedoch auch sei: Fricks Anweisung an die Polizeibehörden besitzt nicht die geringste verfassungsrechtliche Grundlage, sie ist vielmehr verfassungswidrig. Im Artikel 108 der Reichsverfassung heisst es, dass jeder Deutsche das Recht hat, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äussern. Eine Zensur findet nicht statt. Und in den Uebergangs- und Schlussbestimmungen der Reichsverfassung heisst es im Artikel 178, dass frühere Gesetze des Reiches nur in Kraft bleiben, soweit ihnen die Reichsverfassung nicht entgegensteht. Danach steht die nach dem Pressgesetz vom Jahre 1874 mögliche Zensur mit der Reichsverfassung im Widerspruch. Fricks neuester Anordnung droht also wiederum die Gefahr, vom Staatsgerichtshof annulliert zu werden.

SPD. Paris, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Das neue Kabinett Laval ist trotz aller Bemühungen und Segenswünsche der bürgerlichen Drahtzieher nur ein Kabinett der Lückenbüsser geworden.

Mit Schmerz stellt die kapitalistische Presse am Dienstag fest, dass die erwähnte Konzentration der Republikaner oder besser gesagt die Unterjochung der bürgerlichen Linken nicht gelungen ist. Diesmal aber hat Laval, anstatt nach der Weigerung der Radikalen wie im Dezember seinen Auftrag zur Regierungsbildung zurückzugeben, sich dazu bestimmen lassen, eine Regierung um jeden Preis und unbekümmert um ihre parteipolitische Zusammensetzung auf die Beine zu stellen. Was aus diesen verzweifelten Bemühungen geworden ist, ist nichts anderes als eine verwaschene Neuauflage der alten reaktionären Kabinette Tardieu. Ein Unterschied gegen früher ist nur darin zu erblicken, dass Tardieu sich anstatt des Innenministeriums mit dem bescheideneren Landwirtschaftsministerium und sein treuester Helfer Renaud anstatt des Finanzministeriums sich mit dem Kolonialministerium begnügen muss. Maginot aber hat trotz seiner sensationellen Bekehrung zur internationalen Friedenspolitik Briands das Kriegsministerium behalten dürfen. So hat er jetzt Gelegenheit, durch die Tat zu beweisen, dass die Sicherheit Frankreichs nicht durch eine Uebersteigerung der Rüstungen, sondern nur durch Abrüstung und internationale Verständigung garantiert werden kann. Bezeichnend für die Rechtseinstellung des Kabinetts

ist übrigens auch die Tatsache, dass Laval auf die Mitarbeit von Chéron und Germain Martin verzichtete, die zwar parteipolitisch zur Rechten gehören, ihrer Ueberzeugung nach aber stark nach links tendieren. Diese Politiker waren in seinen Augen dadurch kompromittiert, dass sie in der Linksregierung Steeg mitgearbeitet haben.

Unter den 12 Unterstaatssekretären Lavals sind zwei interessante Persönlichkeiten vorhanden. Der erste ist der Unterstaatssekretär im Kolonialministerium Diagne, ein rassereiner Senegalneger, der sich des Rekords rühmen darf, als erster Farbiger einer europäischen Regierung anzugehören. Der zweite ist der Unterstaatssekretär im Handelsministerium Frey, der Chefredakteur der "Strassburger Neuesten Nachrichten", der in der Vorkriegszeit als elsässischer Korrespondent für mehrere deutsche Zeitungen tätig war.

Das Kabinett Laval dürfte in der Kammer über die alte Tardieu-Mehrheit von höchstens 320 Stimmen verfügen. Diese Stimmenzahl genügt, um ihm wenigstens für den Anfang die Existenz zu sichern. Später aber, wenn der Tag der Kammerneuwahl in bedrohliche Nähe rückt, dürfte es manchem Abgeordneten der Mitte schwer fallen, für das Rechtskabinett Laval zu stimmen, da die Haltung der Wählerschaft sich in der letzten Zeit keineswegs nach rechts hin entwickelt hat.

SPD. Der Reichswasserschutz, bisher - wie schon der Name besagt - eine Angelegenheit des Reiches, wird demnächst auf die Länder übergehen. Seine Offiziere und Mannschaften sollen, soweit als möglich, von der Polizei der Länder übernommen werden.

Aus diesem Anlass hat der preussische Innenminister an die für die Uebernahme der Offiziere in Frage kommenden preussischen Behörden einen Erlass gerichtet, in dem vor der Einstellung eine genaue Prüfung der betreffenden Offiziere hinsichtlich ihrer Verfassungstreue gefordert wird. Darob entstand im Lager Hugenbergs und Hitlers grosses Geschrei, dem der Reichsverkehrsminister am Dienstag im Hauptausschuss des Reichstags in einer Rede gegen den preussischen Innenminister neue Nahrung gegeben hat. Guérard nannte das Vorgehen Severings "befremdend". Es bedeute nicht nur einen Eingriff in die Rechte des Verkehrsministers, sondern auch in die Reichszuständigkeit. Es sei ferner seine Pflicht, sich schützend vor die Offiziere des Reichswasserschutzes zu stellen, gegen die ihm niemals Bedenken hinsichtlich ihrer Verfassungsmässigkeit zu Ohren gekommen seien.

Mit dieser Konzession des Reichsverkehrsministers an die Rechtsputschister wird der Erlass des preussischen Innenministers nicht aus der Welt geschafft. Er besteht nach wie vor und es kann nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, dass er bis zum letzten durchgeführt wird. Wenn Herrn von Guérard niemals Bedenken hinsichtlich der Verfassungsmässigkeit gewisser Offiziere des Wasserschutzes zu Ohren gekommen sind, so schliesst das keineswegs aus, dass derartige Bedenken doch bestehen und sogar stichhaltig begründet sind. Ist dem aber so und sind diese Bedenken gegen Offiziere vorhanden, die in die republikanische preussische Polizei eingereiht werden sollen, dann ist es nicht nur das Recht, sondern die verdamnte Pflicht des zuständigen Verfassungsministers, den ihm zu Ohren gekommenen Dingen auf den Grund zu gehen und dafür zu sorgen, dass die republikanische Beamtenschaft der preussischen Polizei nicht monarchistischen Offizieren ausgeliefert wird. Er hat diese Pflicht umsomehr, als Preussen das Recht der Auswahl unter den ihm zur Uebernahme vorgeschlagenen Offizieren ausdrücklich vorbehalten ist. Wie diese Vorschläge zustande gekommen sind, wissen wir nicht. Wenn es aber zutrifft, dass sie nur ehemalige aktive Marineoffiziere, bezw. solche der Reserve enthalten und die aus dem Mannschaftsstand hervorgegangenen Offiziere völlig übergangen wurden, dann kann man dem preussischen Innenminister für seinen Erlass nicht dankbar genug sein. Dann würde zugleich ein Unrecht wieder gut gemacht, das Herrn Guérard anscheinend keine besonderen Kopfschmerzen bereitet hat.

SPD. Zürich, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Auf den italienischen Generalkonsul in Zürich, Bianchi, ist am Dienstag von einem jungen Italiener namens Lino Bassi ein Attentat verübt worden. Bianchi wurde durch zwei Revolverschüsse schwer verletzt. Der Täter hat, wie es scheint, nicht aus politischen Motiven, sondern aus Rache gehandelt, nachdem der Generalkonsul ihm eine Bitte abgeschlagen hatte.

SPD. Vor einigen Tagen wurde berichtet, wie Sturmtrupps der Nationalsozialisten in dem Orte Eiserfeld bei Siegen eine sozialdemokratische Versammlung überfielen, wobei sie sich freilich blutige Köpfe holten. Inzwischen ist es gelungen, die Personalien einiger Haupthelden der aus verschiedenen Ortschaften zusammengezogenen Stosstrupps festzustellen.

Anführer der Nazis in der Saalschlacht und Vorsitzender der nazigruppe von Eiserfeld ist ein ehemaliger Lehrer Remmert, der zuletzt in Altenseelbach, Kreis Siegen, tätig war. Dort wurde er wegen Sittlichkeitsdelikt im Jahre 1922 aus dem Schuldienst entlassen und ausserdem mit acht Monaten Gefängnis bestraft. Dieser Mann dürfte sich für die völkische und rassische Erneuerung besonders eignen.

Als einer der Hauptprügelhelden wurde ferner ein gewisser Ewald Bernshausen aus Neunkirchen Kreis Siegen erkannt, der mit dem dortigen Stosstrupp gekommen war. Bernshausen ist zum Führer des deutschen Volks deswegen besonders berufen, weil er im Jahre 1918 wegen eines bei Altona begangenen Raubmordes zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Von dieser Strafe hat er jedoch nur 8 Jahre zu verbüssen brauchen, 4 Jahre wurden ihm durch Gnadenakt des preussischen Justizministers unter Bewährungsfrist erlassen. Dankbarkeit ist eine schöne Pflicht. Bernshausen suchte sich zu "bewähren", indem er mit Stuhlbeinen und Schlagringen gegen die Republik kämpfte. Offenbar gehört er auch zu denen, die mit besonderer Inbrunst die Agitationsphrasen der Nazis nachbeten, dass die Republik viel zu grosse Waschlappigkeit gegen gemeines Verbrechergesindel zeige. Nun, dem Manne kann geholfen werden. Eine Bewährungsfrist lässt sich ja auch widerrufen.

Auch diese Beispiele zeigen wieder, aus welchen Schichten sich die Sturmabteilungen der Nazis rekrutieren.

SPD. Zeitz, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Abgeordnete des Preussischen Landtags und Bezirksleiter der Nazis in Halle Hinkler ist dieser Tage von Hitler seines Amtes enthoben worden. Wie der sozialdemokratische "Volksbote" in Zeitz dazu zu berichten weiss, wurde Hinkler, der nicht genug über die "Barmat-Korruption" schimpfen konnte, wegen Veruntreuung mehrerer tausend Mark Parteigelder in die Wüste geschickt. Obwohl Ehren-Hinkler ein Monatseinkommen hatte, das zwischen 1200 und 1500 Mark schwankte, vergriff er sich an der Hitler-Kasse, bis er schliesslich bei einer Revision entlarvt wurde.

SPD. Von der Reichsrundfunkgesellschaft wird uns geschrieben: "Am 20. Januar sprach Ministerpräsident MacDonald in London vor dem Parlament über das Ergebnis der englisch-indischen Konferenz. Die Rede wurde in England durch Rundfunk übertragen. Zu gleicher Zeit sandte der Grossender Mühlacker von Stuttgart aus ein Zwiegespräch des Berliner Kritikers Herbert Ihering und des Stuttgarter Redakteurs Hermann Missenharter über das Thema: "Ist die Schaubühne noch der Spiegel unserer Zeit?" Im Laufe dieses Gespräches

gebrauchte Herbert Ihering die einwendenden Worte "Das glaube ich nicht", und der Zufall wollte es, dass u.a. auch diese Worte in eine Redepause des englischen Ministerpräsidenten fielen. Da die Wellen von London und Mühlacker nahe beieinander liegen, konnten die Worte Iherings auch von nicht scharf eingestellten englischen Empfängern aufgefangen werden. Dieser Zufall ist von der englischen Presse mit richtigem Verständnis wiedergegeben worden. Jede andere Darstellung ist vollkommen unrichtig."

SPD. Dresden, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Sitzung des Sächsischen Landtags wurde mitgeteilt, dass der Abgeordnete der Sächsischen Landvolkpartei Spittank sein Mandat niedergelegt hat. Spittank ist Wende und wurde beschuldigt, deutschfeindliche Äusserungen getan zu haben. Er bestreitet diese Äusserungen, legte aber offenbar unter dem Druck seiner Freunde sein Mandat nieder, um seiner Organisation nicht den Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit machen zu lassen.

Die Konservativen und ihre jetzigen Erben, die Landvolkleute, haben mit ihren Wenden in Sachsen Pech. Sie versuchten bei den Wahlen die sächsischen Stimmen einzufangen, indem sie einen Wenden mit auf die Liste nahmen. Vor der Revolution gab es in Sachsen einen konservativen Abgeordneten Barth, der Wende war. Der Mann bekannte jedem seine Treue zum Hause Wettin und zum deutschen Volke. Nach dem Zusammenbruch aber tauchte er in Paris auf, wo er zu erreichen suchte, dass die von den Wenden bewohnten Gebiete Deutschlands entweder selbständig gemacht oder an die Tschechoslowakei angeschlossen wurden. Dieser Versuch schlug jedoch vollkommen fehl.

SPD. Paris, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Schnellzug Bordeaux-Paris ist am Dienstag zwischen den Stationen Moutiers und La Couronne entgleist. 7 Personen, 4 Reisende und 3 Postbegleiter, wurden zum Teil schwer verletzt. Eine Untersuchung hat ergeben, dass auf etwa 50 Meter der Strecke die Holzschwellen, auf denen die Schienen festgeschraubt sind, von unbekannter Hand entfernt worden waren. Es liegt also ein Sabotageakt vor.

SPD. London, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Wie die "Times" aus Washington erfährt, ist die nordamerikanische Regierung nicht geneigt, den ihr angetragenen Vorsitz bei der 1932 stattfindenden Genfer Abrüstungskonferenz zu übernehmen. Amerika halte auch nicht viel von den vorherigen Kommissionsverhandlungen, weshalb wenig Aussicht auf eine amerikanische Beteiligung an solchen Beratungen bestehe.

SPD. Der Kruppkonzern schliesst das am 30. September beendete Geschäftsjahr 1929/30 mit einem Verlust von rund 4,5 Mill. Mk. ab, nachdem im Vorjahr ein Reingewinn von 10,91 Mill. Mark erzielt worden war. Inwieweit der Verlust einen echten Betriebsverlust darstellt, oder durch stille Abschreibungen bilanzmässig "errechnet" wurde, lässt sich bei der Undurchsichtigkeit der Bilanz nicht erkennen.

Wie im vergangenen Jahr, werden auch diesmal die Betriebsüberschüsse erst nach Abzug der Lohnkosten und der Abschreibungen auf die Anlagen ausgewiesen. Diese vorweg gekürzten Betriebsgewinne stellen sich auf 31,8 gegen

38,1 Mill. Mark, wozu noch 5,13 gegen 6,94 Mill. Mark Gewinne aus Zinsen und Beteiligungen hinzutreten. Andererseits werden die Steuern mit 16,4 gegen 15,6 Mill. Mark, Versicherungskosten mit 12,6 gegen 12,0, Wohlfahrtsausgaben mit 5,6 gegen 5,3 Mill. Mark und allgemeine Ausgaben für Zinsen, Bergschäden, Patentabgaben und Sonderabschreibungen mit 6,6 gegen 5,2 Mill. Mark ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die Werksanlagen, die im vergangenen Jahr den aussergewöhnlich hohen Satz von 12 Prozent des Gesamtwertes ausmachten, sind auch diesmal trotz verringerter Investitionen mit insgesamt 16,2 Mill. Mark sehr hoch geblieben. Die Politik der Selbstfinanzierung hat also im Kruppkonzern auch im letzten Krisenjahr noch keine Milderung erfahren.

Die ausgewiesenen Produktionsziffern rechtfertigen die sehr starke Spanne zwischen den Vorjahrgewinnen und dem diesmaligen Verlust keineswegs. So hielt sich die Kohlenförderung mit 7,8 gegen 8,0 Mill. Tonnen und die Koks-erzeugung mit 2,43 gegen 2,50 Mill. Tonnen verhältnismässig sehr gut. Auch die Eisenerzförderung ist mit 0,70 gegen 0,74 Mill. Tonnen verhältnismässig wenig zurückgegangen. Die Ausnutzung der Stahlwerke stellte sich im Jahresdurchschnitt immerhin noch auf 60 Prozent, die der Walzwerke und Schmieden dagegen nur noch auf 45 bzw. 40 Prozent. Trotzdem sind die Produktionsziffern auch in den Stahl- und Eisenbetrieben noch als verhältnismässig hoch zu bezeichnen. Die Roheisenproduktion der Hochöfen stieg mit 1,3 Mill. Tonnen sogar noch ein wenig, die Stahlproduktion stellte sich auf 1,36 gegen 1,58 Mill. Tonnen und die Walzwerkproduktion auf 1,02 gegen 1,15 Mill. Tonnen. Im gesamten Maschinenbau und der Abteilung Lastkraftwagen konnte trotz einsetzender Absatzstockung mit Ueberschuss gearbeitet werden. Die ausgebaute Abteilung Registriermaschinen konnte ihre Umsätze erheblich steigern.

Diese Ergebnisse zeigen immerhin, dass die Produktionsentwicklung den Millionenverlust keineswegs bedingt hat, so dass die vorsorgliche Kruppverwaltung, die schon in den letzten guten Konjunkturjahren im Anhäufen von Reserven ein Meister war, nach aussen wohl einen künstlich errechneten Verlust ausweist, sich nach innen aber durch stille Rückstellungen und Abschreibungen stärkt. Die Belegschaft in den Kruppbetrieben ist von über 68 000 bis auf 57 540 Mann abgebaut worden, während sich bei den angeschlossenen Werken und Handelsunternehmen die Belegschaft von 21 700 auf 17 700 Mann verringerte.

SPD. Warschau, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Sitzung des Sejm wurden das deutsch-polnische Aufwertungsabkommen vom 15. Juli 1928, der deutsch-polnische Sparkassenvertrag vom Dezember 1928 und das Abkommen über die Posener Pfandbriefanstalt endgültig angenommen. Da diese Verträge vom Deutschen Reichstag bereits bestätigt sind, treten sie nunmehr in Kraft.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Preussische Justizminister Dr. Schmidt hat die Staatsanwaltschaften nochmals darauf hingewiesen, dass es im Staatsinteresse unerlässlich sei, die durch Wort, Druck oder Schrift gegen den Staat und seine Organe gerichteten Beleidigungen mit dem ihrer Bedeutung für das öffentliche Leben entsprechenden Nachdruck und mit grösster Beschleunigung zu bekämpfen. Ein schleppender Gang der Verfahren, so erklärt der Justizminister, verhindere den Beleidigten, die Unwahrheit der beschimpfenden Äusserung in der Öffentlichkeit baldigst richtig zu stellen, ermögliche andererseits aber dem Beleidiger, oft lügenhafte und gehässige Verdächtigungen so nachhaltig zu wiederholen, dass die spätere gerichtliche Verurteilung des Beleidigers den durch die Ehrverletzung angerichteten Schaden nicht wieder gutmachen könne. Aus diesem Grunde müsse in Sonderheit dem häufig zu beobachtenden Streben der Angeklagten, die Aburteilung zu verschleppen,

mit Strenge und mit allen nach der gegenwärtigen Rechtslage zu Gebote stehenden Mitteln entgegengetreten werden. Erforderlich sei auch, dass die Staatsanwaltschaft mit Ernst und Nachdruck das Staatsinteresse in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stelle und in der Regel entsprechend der von dem Täter an den Tag gelegten Niedrigkeit der Gesinnung empfindliche Freiheitsstrafen in Antrag bringe.

Der Justizminister weist die Staatsanwaltschaften weiter darauf hin, dass bei einfachen und klarliegenden Fällen im Interesse beschleunigter Aburteilung die Frage zu prüfen sei, ob der Erlass eines Strafbefehls in Frage komme. Abgesehen von Fällen mit verwickelter Sachlage könnte in solchen Strafsachen auch im beschleunigten Verfahren Anklage erhoben werden.

SPD. New York, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Der neue Gouverneur des Bundesstaates Pennsylvania, Pinchot, ordnete die Auflösung der arbeiterfeindlichen privaten Gruben- und Werkpolizei und ihre Ersetzung durch bundesstaatliche Industriepolizei an. Diese Massnahme wird in Arbeiterkreisen lebhaft begrüsst. Von ihr werden 1100 Privatpolizisten betroffen, die wegen ihrer Brutalität allgemein als Grubenkosaken verschrien sind. Die Kosten für die neue Polizei sollen von den Werken getragen werden.

SPD. Die Organisationsdeputation der Stadt Berlin hat sich mit dem Gesetzentwurf zur Neuregelung der Berliner Verwaltung beschäftigt und ihre Stellungnahme in einer Anzahl von Beschlüssen festgelegt, die jetzt vom preussischen Minister des Innern dem Preussischen Landtag zugeleitet worden sind.

Hinsichtlich der Organisation der Zentralverwaltung hat die Organisationsdeputation die Frage, ob die Magistrats- oder Bürgermeistereiverfassung künftig für die Zentralverwaltung Geltung haben soll, dahin entschieden, dass eine besondere Form der Verwaltung für die Zentralverwaltung eingeführt werden soll. Die Deputation hat sich ferner gegen die Herabsetzung der Stadtverordneten auf 150 ausgesprochen, sie ist vielmehr für die Beibehaltung der jetzigen Zahl von 225 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung. Die Frage, ob ein Stadtgemeindevorstand gebildet werden soll, wird bejaht. Der Aufgabenkreis des Stadtgemeindevorstandes soll durch die Stadtverordnetenversammlung bestimmt werden. (Delegationsbefugnis der Stadtverordnetenversammlung.) Die Zahl der Mitglieder des Stadtgemeindevorstandes soll 35 betragen. Ein einheitlicher Gemeindevorstand soll nicht gebildet werden, vielmehr sollen die Funktionen des Gemeindevorstandes dem Kollegium und dem Oberbürgermeister übertragen werden. Den Vorsitz im Stadtgemeindevorstand soll der Stadtverordnetenvorsteher erhalten. Die Deputation setzt sich ferner dafür ein, dass die leitenden Verwaltungsfunktionen auf Oberbürgermeister und Kollegium aufgeteilt werden. Was die Organisation der Bezirksverwaltungen angeht, so sollen die Bezirksversammlungen aufgehoben und für die Bezirksverwaltungen das Einkörperschaftssystem eingeführt werden. Bezüglich des Verhältnisses der Bezirksverwaltungen zur Zentralverwaltung soll der Aufgabenkreis der Bezirksverwaltungen ebenso wie das Verhältnis der Bezirksverwaltungen zur Zentralverwaltung in den Grundzügen durch das Gesetz, im einzelnen durch eine von den städtischen Organen zu beschliessende Satzung festgestellt werden. Zur Frage der etwaigen Neuerteilung der Verwaltungsbezirke wurden in der Organisationsdeputation elf Stimmen für eine Verminderung der Zahl der Verwaltungsbezirke und elf Stimmen dagegen abgegeben.

SPD. Halle, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Die kommunistische Presse bemüht sich, den Zusammenbruch des unter kommunistischer Leitung stehenden Allgemeinen Konsumvereins in Halle der SPD zuzuschreiben, und zwar tut sie das aus dem Grunde, weil den letzten Anstoss zur Zahlungseinstellung eine Schuld gab, die der Konsumverein bei der GEG hat. Diese Schuld, die als Hypothek eingetragen ist, beläuft sich auf 400 000 Mark. Die für sie am 1. Januar fälligen Zinsen in Höhe von 8 000 Mark konnte der Konsumverein, wie für viele andere Beträge ebenfalls nicht zahlen. Da mehrfache Mahnungen erfolglos blieben, forderte die GEG, wie es in dem Schuldversprechen vorgesehen ist, die sofortige Rückzahlung der Hypothek. Schliesslich schritt man zur Zwangsvollstreckung, da trotz aller Mahnungen keinerlei Zahlungen erfolgten.

Es ist also ein vergebliches Bemühen der Kommunisten, die Schuld jetzt von sich abzuwälzen und anderen aufzuhängen. Man unterschlägt vor allem, dass seit der halleischen Parteispaltung im Jahre 1920 die KPD die unumschränkte Herrschaft im halleischen Konsumverein hatte. Alles was seit dieser Zeit in dem jetzt zusammengebrochenen Konsumverein vor sich gegangen ist, fällt einzig und allein auf das Konto der KPD. Mit grossem Phrasenschwall umnebelte man die Mitgliedschaft, und versprach ihr vor allem goldene Berge in Form von billigen Lebensmitteln aus Russland. Mit unwahren Behauptungen über den "glänzenden Aufstieg" unter der neuen revolutionären Führung der Ertinger, Bernhard Koenen und Härtel ging man hinaus, nicht nur in den Bezirk Halle-Merseburg, sondern ins ganze Reich, um alle Konsumvereine, die nach der Auffassung der KPD-Zentrale oppositionelle Mehrheiten hatten, von dem festgefügtten Zentralverband Deutscher Konsumvereine und seiner GEG loszureissen. Mit allen Mitteln betrieb man die Gründung einer eigenen kommunistischen Konsumbewegung mit der sagenhaften Migros an der Spitze. Zum Glück für die Genossenschaftsbewegung im Bezirk Halle ist den Hasardeuren ihr Spiel nicht gelungen. Jetzt ist das von der halleischen sozialistischen Arbeiterschaft in 40 jähriger mühsamer Arbeit aufgebaute Werk elend zusammengebrochen. Tausende von armen Leuten hat man um ihre mühsam abgehungerten Spargroschen gebracht.

Mit verzweifelten Gesichtern stehen seit Sonnabend die abgehärmten Leute vor den Geschäftsräumen des "Roten Proviantamts", um einen letzten hoffnungslosen Versuch zur Rettung ihres Notgroschens zu machen. Eineinhalb Millionen dürften verloren gehen. Schwindler, Betrüger, Verbrecher und ähnliche Worte hört man rufen, aber die Herren Revolutionäre bleiben unsichtbar. Sie haben sich von der KPD-Bezirksleitung 50 zuverlässige Mitglieder der Antifa zur Verfügung stellen lassen, die die Volksbeglucker vor der berechtigten Wut der betrogenen Sparer schützen sollen. Um sich schliesslich ein Bild zu machen, wie es um die Buchführung in dem kommunistischen Konsumverein aussehen mag, braucht nur erwähnt zu werden, dass schon seit November vorigen Jahres kein Kontokorrent mehr geführt wurde.

Es ist völlig vergeblich, die Schuld von sich selbst abzuwälzen und zu behaupten, die GEG habe mit ihrer Forderung den Konsumverein zum Zusammenbruch gebracht. Ende März war nicht nur die GEG-Hypothek fällig, sondern auch die vom Volks-Feuerbestattungsverein Halle ebenfalls gekündigte Hypothek von 135 000 Mark. Ausserdem warten die Mitglieder bis heute noch auf die sonst vor Weihnachten gezahlten, von der revolutionären Leitung aber auf März verschobene Rückzahlung, zu deren Auszahlung abermals 300 000 Mark notwendig gewesen wären. Schliesslich rennen zahlreiche Lieferanten hinter ihren Geldern her. Wo wollte man alle diese Beträge hernehmen, wenn man heute schon lumpige 8 000 Mark Zinsen nicht aufbringen konnte und ausserstande war die Stromrechnung zu bezahlen, Steuern abzuführen und den Arbeitern und Angestellten die abgezogenen Krankenkassenbeiträge einbehält.

Es ist anzunehmen, dass sich der Staatsanwalt ebenfalls mit dieser an Gemeinheit nicht zu überbietenden Handlungsweise der kommunistischen Leitung des Konsumvereins Halle beschäftigen wird.

SPD. Essen, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Duisburger Rathaus wurde am Dienstag vormittag unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Jarres zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern darüber verhandelt, wie eine Stilllegung der Hütte Ruhrort-Meiderich der Vereinigten Stahlwerke verhindert werden kann. Die Verhandlungen wurden noch nicht abgeschlossen. Sie werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Die Hüttenbetriebe Meiderich scheiden, wie im Verlauf der Besprechungen mitgeteilt wurde, vorläufig für eine Stilllegung aus. Der Vertreter der Vereinigten Stahlwerke, Dr. Helmut Poensgen, erläuterte die Pläne der Werksleitung auf 20 Prozent Lohnabbau usw. und die damit praktisch werdende Herausnahme des Werks aus dem Tarifvertrag Nordwest. Von freigewerkschaftlicher Seite wurde entgegnet, dass bei einer solchen Regelung auch alle übrigen Konzerne schon allein aus Konkurrenzgründen dasselbe verlangen würden und dass damit eine Erledigung des Tarifvertrages sehr geschickt eingefädelt sei. Deshalb müssten die freien Gewerkschaften den Plan ablehnen. Auch die übrigen Gewerkschaften, wie z.B. die Christen, die im vorigen Jahre bei dem Lohnabbau so erfolgreich Pate gestanden hatten, verhielten sich ablehnend, wenn auch von allen betont wurde, dass wegen der Kürze der Zeit eine offizielle Stellungnahme nicht habe erfolgen können. Die Angestelltenverbände werden sich der Entscheidung der Arbeitergewerkschaften anschließen. Die Verhandlungen sollen am Sonnabend vormittag 10 Uhr weitergeführt werden.

Aus dem Verlauf der Besprechungen war u.a. zu entnehmen, dass man auf Unternehmerseite bei Ablauf des Tarifvertrages Ende September mit einem Lohnabbau von mindestens 10 Prozent rechnet. Oberbürgermeister Jarres erklärte sogar, dass der Lebensstandard seiner Meinung nach um 20 bis 25 Prozent zu hoch liege. Er begründete sein Interesse an der Vermeidung einer Stilllegung mit der Unmöglichkeit, weiter grosse Mittel für den Wohlfahrtsetat der Stadt flüssig zu machen.

Die Gewerkschaften werden in den nächsten Tagen zu den Plänen Stellung nehmen. Die ganze Aktion kennzeichnet sich immer mehr als ein Versuch, mit der Hungerpeitsche zu einer Zertrümmerung des Tarifvertrages Nordwest und damit des ganzen Tarifwesens zu kommen.

SPD. Rom, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Aussenminister Grandi ist am Dienstag aus Genf zurückgekehrt.

Von zuverlässiger Seite erfährt der Korrespondent des "Soz. Pressedienst" in Rom, dass Mussolini und Grandi die Genfer Zusammenarbeit mit Deutschland sehr begrüßen. Man hofft, in Zukunft noch besser als bisher zusammenarbeiten zu können. Diese Zusammenarbeit sei völlig unabhängig von den verschiedenen innenpolitischen Systemen der beiden Länder. Man habe auch "nicht die geringste Absicht", innerpolitische Rückwirkungen in Deutschland hervorzurufen, d.h. auf die Erstarkung des Nationalsozialismus zu rechnen. Das ganze sei für Italien eine Frage der aussenpolitischen Taktik. In den letzten Genfer Verhandlungen sehe man den ersten taktischen Beweis für die Notwendigkeit eines Zusammengehens zwischen Deutschland und Genf. Das sei der einzig mögliche Weg ein Gegengewicht gegen das bisherige Uebergewicht Frankreichs und seiner Gefolgsstaaten zu schaffen. Die Hinzuziehung Russlands und der Türkei werde diese Situation noch bedeutend verbessern. Dass man in der Minderheitenfrage keine offene Unterstützung Italiens habe erzielen können, erkläre sich aus der besonderen Lage der eigenen italienischen Minderheiten. Aber in allen anderen Fragen könne Deutschland auf Italien rechnen. Die Anregung für dieses Genfer Zusammengehen sei von Italien ausgegangen und es sei kein Zweifel, dass die deutsche Regierung sie gern aufgegriffen habe.

SPD. Halle, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Hallesche KPD beschäftigte sich in einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung mit der Pleite des Konsumvereins Halle. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Koenen führte dazu aus:

"Wir erleben in Halle eine Niederlage, eine Schlappe nach der anderen, trotz der günstigen politischen Situation für uns. Die grösste Niederlage war der Metallarbeiterstreik in Halle, wo die KPD den massgebendsten Einfluss noch besitzt. Es hätte ein leichtes sein müssen, dass die RGO die Führung übernommen hätte, wenn nicht die halleschen Kommunisten vor lauter wenn und aber Angst hätten. Ueberhaupt ist die ganze RGO-Bewegung in Halle eine grosse Pleite und unter den Leuna-Arbeitern direkt katastrophal. Ich traue mich gar nicht zu sagen, wie gross unser Einfluss ist. Er ist nämlich Null Komma nichts. Und erst die Pleite bei den Gewerkschaften, in der Arbeitersängerbewegung, bei den Sportlern und jetzt zum Schluss beim Konsumverein. Ueberall geht es rückwärts. Und wir haben uns doch die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD zum Ziele gesetzt. Sehen wir uns doch die Unorganisierten an, die vor einem Jahr noch gelb waren. Sie sind jetzt bessere Kämpfer als die meisten halleschen Kommunisten. Ihr seid überhaupt keine Kommunisten mehr."

Das war das Urteil Koenens über die KPD in Halle. In der Diskussion war die vollkommene Niedergeschlagenheit der Parteimitglieder bemerkenswert. Der Stadtteil West, so führte ein Diskussionsredner aus, habe sich die Adressen von sämtlichen in Halle wohnenden Leuna-Arbeitern, etwa 5000 Mann, besorgt und sie zu einer Versammlung brieflich eingeladen. Gekommen sei zu dieser Versammlung ein einzig Leuna-Arbeiter.

SPD. Rom, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

König Zogu von Albanien begab sich am Dienstag auf einem ihm eigens zur Verfügung gestellten italienischen Kreuzer von Durazzo nach Venedig. Von hier reist er nach Wien, um sich dort wegen seines Krankheitszustandes in ärztliche Behandlung zu begeben.

SPD. London, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Fortsetzung der Unterhausdebatte über die Regierungsvorlage zur Beseitigung des Baldwin'schen Antigewerkschaftsgesetzes hat am Dienstag nachmittag begonnen. Haus und Tribünen waren überfüllt. Im Zuhörerraum sassen auch einige Mitglieder des Oberhauses.

Es hat den Anschein, dass der Regierung von der liberalen Seite her keine Gefahr droht, obgleich etwa 10 Liberale unter Führung von Sir John Simon gegen das Gesetz stimmen wollen. Der offizielle Fraktionsbeschluss der Liberalen lautet dagegen: Stimmenthaltung. Möglicherweise wird Lloyd George ebensoviel Mitglieder seines linken Flügels für die Regierung abkommandieren als Rechtsradikale gegen sie stimmen werden. Die Hauptredeschlacht findet am Mittwoch statt. Mit Spannung wird vor allem der Haltung der Unabhängigen Arbeiterpartei entgegengesehen. Beachtenswert ist, dass ihr Mitglied, der Unterhausabgeordnete Vaughan, am Dienstag aus der Unabhängigen Arbeiterpartei ausgetreten ist mit der Begründung, sie füge durch ihre Disziplinlosigkeit der Arbeiterbewegung mehr Schaden zu als es vor Jahren die Kommunisten getan hätten.

Gegen die in der letzten Zeit innerhalb der Arbeiterpartei von verschiedenen Seiten verübten Extratouren herrscht bei der Mehrheit der Fraktion grösster Unwille. Dem hat jetzt der Abgeordnete Scurr, der in der vergangenen Woche gegen die Regierung in der Frage des Schulgesetzes gestimmt hatte, Rechnung tragen müssen. Er war im Beirat der Labour-Fraktion und musste jetzt seinen Posten niederlegen. Auch Mosley und seine Freunde haben am Dienstag eine scharfe Zurückweisung erhalten. Mosley hatte von der Fraktion die Einberu-

fung einer allgemeinen Parteikonferenz verlangt, die über die Regierung wegen der Arbeitslosenfrage zu Gericht sitzen sollte. Am Dienstag stand der Antrag Mosleys in der Fraktion zur Debatte. Er stiess vor allem auf den Widerstand von Henderson. Mit 97 gegen 13 Stimmen blieb Mosley in der Minderheit. Die Arbeitslosenfrage wird jedoch nach der zweiten Lesung des Gewerkschaftsgesetzes wieder auf die Tagesordnung sowohl der Fraktion der Labour-Party wie der des Parlaments gesetzt werden und wiederum zu heftigen Auseinandersetzungen führen.

SPD. Stuttgart, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Schöffengericht Stuttgart verurteilte den Kommunisten Friedrich Deml kürzlich wegen Landfriedensbruches und gefährlicher Körperverletzung zu zwei Jahren Gefängnis. In der Nacht zum Dienstag hat Deml im Garnison-Arresthaus in Ludwigsburg seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

Deml hatte den Führer eines Strassenbahnwagens, der beim Herannahen eines kommunistischen Umzuges am 13. November 1930 seinen Wagen nicht sofort zum Stehen gebracht hatte, mit dem Messer angegriffen und schwer verletzt. Sowohl der Verurteilte wie die Staatsanwaltschaft hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt.

SPD. London, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Weberaussperrung ist die Lage unverändert. Die Regierung bemüht sich um eine Vermittlung. MacDonald hat die Führer der Arbeitgebervereinigung für Mittwoch, die der Arbeitnehmer für Donnerstag nach London geladen.

Inzwischen ist die Aussperrung in Lancashire vollendet worden. Insgesamt sind 220 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Webereiindustrie entlassen. Mit den dadurch automatisch stillgelegten Spinnereien sind bis jetzt etwa 300 000 Menschen durch die Aussperrung brotlos geworden.

SPD. Bombay, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Gandhi ist inzwischen in Bombay eingetroffen, wo er von Hunderttausenden mit enthusiastischem Jubel begrüsst wurde. Er ist bei einem befreundeten Fabrikanten abgestiegen. Stundenlang standen die Massen vor dem Hause, bis Gandhi auf den Balkon trat und seine Anhänger aufforderte, ruhig nach Hause zu gehen und sich an das Spinnrad zu setzen.

In der Nacht zum Mittwoch wird der allindische Führer nach Alahabad weiterreisen, wo das allindische Komitee versammelt ist. Irgendwelche Beschlüsse sind jedoch einstweilen nicht zu erwarten. Gandhi erklärt immer wieder, er werde die Rückkehr und die Aussprache mit den Delegierten der Londoner Konferenz abwarten, bevor Pläne über die künftige Politik des allindischen Kongresses gefasst werden sollen. Der Kern dieser künftigen Politik und die Sinnesart Gandhis werden jedoch aus einem neuen Interview sichtbar. Darin erklärt er: "Ich dürste nach Frieden, wenn ich ihn in Ehren haben kann. Für mich persönlich kann es jedoch nur Frieden geben, wenn erstens die politischen Gefangenen befreit sind, zweitens wenn die Regierung ihre Verfügung gegen das Boykottposten stehen vor den Alkoholläden zurückzieht und drittens, wenn die Salzgesetze aufgehoben und dem Volke das Recht der Salzgewinnung gegeben wird."

Inzwischen wird von der allindischen Bewegung der Boykott gegen die Gesetze fortgesetzt. In Patna kam es dabei zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und 10 000 Demonstranten. 5 Personen wurden getötet, 3 Offiziere und 6 Polizisten verwundet. Der Bürgermeister von Kalkutta, Bose, war am Sonnabend aus dem Gefängnis entlassen worden. Am Montag marschierte er bereits

wieder an der Spitze einer Demonstration, in der er zum Boykott der Gesetze aufforderte. Er wurde verhaftet und am Dienstag wieder zu 6 Monaten Kerker verurteilt.

SPD. Oslo, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

In der norwegischen Schifffahrt ist ein ernster Konflikt zwischen den Seeleuten und dem Reederverband ausgebrochen. Die Reeder beabsichtigen, ab 1. Februar eine 20prozentige Lohnkürzung für Deckmatrosen und Heizer durchzuführen. Als Gegenmassnahme wurde von der norwegischen Seemanns- und Heizer-Union der Streik beschlossen. Falls nicht noch in letzter Stunde ein Entgegenkommen der Arbeitgeber erzielt werden kann, soll der Streik Anfang Februar beginnen. An ihm dürften sich rund 10 000 Seeleute beteiligen.

SPD. Sidney (Australien), 27. Jan. (Eig. Dr.)

Innerhalb der australischen Arbeiterpartei droht eine heftige Krise auszubrechen.

Vor etwa 6 Monaten musste Finanzminister Theodore von seinem Posten zurücktreten, da gegen ihn Korruptionsanklage erhoben worden war. Inzwischen ist jedoch aus den Verhandlungen vor einer gerichtlichen Untersuchungskommission hervorgegangen, dass die Anklagen gegen Theodore ungerecht sind. Der Ministerpräsident der Arbeiterregierung Scullin hat deshalb durch einen Beschluss der Arbeiterfraktion des Parlaments Theodore wiederum in sein früheres Amt eingesetzt. Handelsminister Fenton hat daraufhin am Dienstag seinen Rücktritt und seinen Austritt aus der Arbeiterpartei erklärt. Ausser ihm ist der Abgeordnete Gabb aus der Arbeiterpartei ausgetreten.

SPD. Warschau, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Die im Sejm eingebrachten Anträge der Opposition zu dem Skandal von Brest Litowsk, nach denen die Verantwortlichen bestraft werden sollten, wurden von der Regierungsmehrheit abgelehnt. Die Sitzung, in der die Anträge besprochen wurden, dauerte von Montag abend bis Dienstag morgen um 7 Uhr. Im Verlauf der Sitzung kam es wiederholt zu scharfen Zusammenstössen zwischen der Regierungsmehrheit und der Opposition.

Ministerpräsident Slawek verteidigte kurz vor der Abstimmung die für die Brester Vorgänge verantwortlichen Personen und lehnte ihre Bestrafung kategorisch ab.

SPD. London, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Indiendebatte im Unterhaus ergab, dass alle drei englischen Parteien die Politik der Arbeiterregierung und die Beschlüsse der Londoner Konferenz billigen. Persönliche Ausnahmen machten der Liberale John Simon und der Konservative Churchill, der wiederum eine heftige Anklage und Gewaltrede hielt. Churchill wurde jedoch von dem konservativen Führer Baldwin energisch abgeschüttelt. Nur die Blätter von Lord Rothermere stehen noch hinter Churchill. Die gesamte übrige englische Presse lehnt ihn ab.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Blick in eine nationale Seele.

SPD. Der Führer des Zentrums in Preussen, Dr. Hess, hat den Nationalsozialisten auf dem Parteitag des westfälischen Zentrums eine entschiedene Absage erteilt. Herr Hess gehört neben Herrn Brüning zu den von den Nationalsozialisten bestgehassten Leuten. Herr Dr. Eduard Stadler, der immer auf der Seite reaktionärer Putschisten zu finden ist, fällt deswegen in einer Zeitschrift, die sich "Das grossdeutsche Reich" nennt, über ihn her. Herr Stadler versucht einen Blick in die Zentrumsseele zu tun, und er glaube dabei entdeckt zu haben, dass Herr Hess "ein schadenfroher am protestantischen Volksteil rachenehmender Parvenu" sei.

Also sieht Herr Stadler das Problem Preussen:

"Weil Herr Hess persönlich als Schulrat der Vorkriegszeit im Avancement nicht so vorwärts kam, wie er es in der Einschätzung des eigenen Wertes damals für nötig hielt, glaubt er, dass das Wesen der Zentrums politik heute darin bestehen müsse, überall den Karrierismus innerhalb des katholischen Volksteils anzustacheln und, wo immer mit dem Mittel amtlicher Protektion zu befriedigen. Bonzen- und Vetterwirtschaft unter konfessionellem Gesichtspunkt, nach aussen alles schön verklausuliert, teils mit kirchlicher, teils mit parteipolitischer Phraseologie, das ist diesem Typ Inhalt des politischen Lebens.

Es gibt bekanntlich im Leben eine Gemeinschaftsempfindung auf der Basis gemeinsamer Sündhaftigkeit. Es gibt sogar eine Kollegialität des Verbrechens. So stossen wir in der deutschen Innenpolitik überall auf jene sündige Gemeinschaft zwischen Zentrumsparvenus und Soziparvennes."

Das ist Hass, unverfälschter Hass, der sich sofort auch von Herrn Hess auf Herrn Brüning wendet und sich in folgenden Ergüssen austobt: Schändliche Zerstörungspolitik, systematischer Zerstörer der nationalen Bewegung, teuflischer Zweck, raffinierte Tarnung, ungeheuerliche geschichtliche Schuld.

Im Hass aber offenbart sich das wahre Wesen des Charakters. Herr Eduard Stadler fühlt sich in seiner nationalen Seele am allertiefsten bewegt durch die Tatsache, dass in Preussen Katholiken und Sozialdemokraten Beamte werden. Daher die Aufregung! Die ganze Deklamation ist nichts anderes als ein Ausbruch giftigsten Neides, die Offenbarung eines unbezähmbaren Dranges nach der Futterkrippe. Das ist der ganze Inhalt der nationalen Seele!

Nationale Schwerindustrie.

Vor kurzem wurde von Köln aus ein Flugblatt vertrieben, das Propaganda für ein deutsch-französisches Militärbündnis machte. Schon damals wurde der Verdacht laut, dass es sich um eine Mache der französischen Rüstungsindustrie handle.

Dieser Verdacht hat sich inzwischen bestätigt. Es hat sich in Deutschland eine Zeitung gefunden, die diesen Plan aufgegriffen hat und für ihn weiter Reklame macht. Sie enthüllt zugleich, dass er aus französischen Industriekreisen stamme. Nach Beendigung der gewaltigen französischen Befestigungsanlagen an der deutschen Grenze fehle es der französischen Schwerindustrie an Aufträgen. Sie sei bereit, für deutsche Aufrüstung einzutreten unter der Bedingung, dass sie ein Drittel der deutschen Rüstungsaufträge erhalte. Die deutsche Aufrüstung sei das grosse Zukunftsgeschäft für die französische Schwerindustrie.

Die Zeitung, die sich des Plans angenommen hat und die Interessen der

französischen Rüstungsindustrie in Deutschland vertritt, ist die "Deutsche Bergwerks-Zeitung", das Organ der deutschen Schwerindustrie. Arm in Arm will die deutsche und die französische Schwerindustrie Europa aufs Neue bis an die Zähne bewaffnen. Geschäft ist Geschäft, und die schönsten nationalen Phrasen zerplatzen wie Seifenblasen, wenn es um den Profit geht.

Hass gegen die Arbeiterschaft.

Die "Kölnische Zeitung" beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Australien. Sie prophezeit, dass auch hier eine Lohnherabsetzung sich nicht vermeiden lassen. Sie kleidet ihre Freude darüber in folgende Worte :

"Auch im Paradies der Arbeiter ist dafür gesorgt, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen."

Sie freuen sich über jede Lohnherabsetzung! Besser konnten sie nicht zeigen, dass sie im Lohnruck nicht eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern ein erstrebenswertes Ziel sehen, und dass sie den Aufstiegsbestrebungen der Arbeiterschaft voller Hass gegenüberstehen.

Fromm, reaktionär und verlogen.

Ein kirchliches Gemeindeblatt von Berlin-Dahlem hat am 18. Januar in einem Aufsatz, den ein Pfarrer Raack gezeichnet hat, der berühmten Reichsgründungsfeier durch monarchische Speichelleckerei die richtige Weihe zu geben versucht. In diesen im Traktätschenstil gehaltenen Ausführungen lesen wir :

"Ich habe Achtung vor der Persönlichkeit des ersten Reichspräsidenten. Ich bin überzeugt, er war ein Mann guten Willens. Aber zwischen dem Versprechen Eberts und den Novembertagen 1918 "ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen" und der traurigen Wirklichkeit klafft eine zu grosse Kluft."

Das geht noch über die Dolchstosslegende! Es ist einem Pfarrer vorbehalten geblieben, die grossmäuligen Worte Wilhelm des Landflüchtigen dem Reichspräsidenten Friedrich Ebert in den Mund zu legen! Wilhelm von Doorn war es, der diese Worte gebrauchte - und noch heute müssen sich Sozialdemokraten und Republikaner abmühen, dem Volke die Last der schweren Zeiten zu erleichtern, in die Wilhelm der Grossmäulige uns hineingeführt hat!

Feine Leute!

In Mülheim in Baden wurde von Nationalsozialisten eine sozialdemokratische Wählerversammlung systematisch gesprengt. Der badische Innenminister Remmele stellte Strafantrag, um festzustellen, was es für Leute waren, die im Zeichen des Hakenkreuzes derartige Heldentaten verrichteten. Es hat sich gelohnt! Das Amtsgericht Mülheim hat nunmehr die Schuldigen zu Geldstrafen von 50 - 100 Mark verurteilt. Wer waren die Versammlungsprenger? An der Spitze stand der Bürgermeister von Obereggen Hermann Bärmeitinger, der evangelische Pfarrer aus Neunkirchen Walter Teutsch, ein Postschaffner, ein Schuhhändler, ein Kaufmann und ein Bäcker. Wildgewordene Spiessbürger! Der evangelische Pfarrer, der gröhrend eine Versammlung sprengt, ist eine ganz besondere Zierde der Herrschaften vom Dritten Reich!

Wie sie hetzen!

Ein Sozialdemokrat in Göttingen-Weende, der den Nationalsozialisten in Versammlungen mehrfach entgegengetreten ist, erhielt mit der Post einen Totenkranz mit Schleife zugesandt. Die Inschrift lautete: "Es hat schon hier und da geschneit, bald ists so weit, bald kommt die Zeit, wir sind uns wohl im Klaren. Die Zeit vergeht, die Zeit verfliegt, wir werden, wenn kein Schnee mehr liegt, mit jemand Schlitten fahren."

aus aller Welt

Die schwangere Verbrecherin.

Vorbemerkungen zum Berliner Sensationsprozess um Lieschen Neumann.

SPD. Am 28. Januar beginnt vor dem Landgericht II der mit grosser Spannung erwartete Sensationsprozess, in dem die merkwürdigen Vorgänge geklärt werden sollen, die vor einigen Monaten zu der Ermordung des Uhrmachermeisters Ulbrich aus der Drontheimerstrasse im Norden Berlins führten. Neben den zwei jungen Burschen, die die eigentlichen Täter sind, sitzt auf der Anklagebank die 16jährige Lieschen Neumann, die ein sehr hübsches Mädchen, die Freundin des Ermordeten war. Die Mörder sagen, dass das junge Mädchen sie zur Tat angestiftet und angetrieben habe. Lieschen Neumann bestreitet das.

Die 16jährige ist schwanger; sie wird in zwei Monaten entbinden; das ist auch der Grund, weshalb die Verhandlung dieser Sache verhältnismässig schnell angesetzt worden ist. Im übrigen hat die Schwangerschaft des jungen Mädchens nicht nur auf das Datum der Verhandlung seinen Einfluss, sondern höchstwahrscheinlich auch auf ihren Verlauf. Ein ganzes Gremium medizinischer Sachverständiger ist geladen, um über die durch die Schwangerschaft stark beeindruckte Psyche Lieschen Neumanns auszusagen. Man darf daraus schliessen, dass das Ergebnis der Verhandlung nicht nur vom Strafgesetzbuch und Rechtsempfinden, sondern auch von den Kenntnissen der modernen Wissenschaft beeinflusst sein wird. Trotzdem bleibt ein grosser Rest, zu tragen peinlich.

Ein Todesurteil in London!

England hat jetzt in gewissem Sinne seinen Parallelfall erlebt. Man hat in Old Bailey, dem Londoner Strafgerichtshof, eine 37jährige Arbeiterfrau, die aus Not am Vorabend des Weihnachtsfestes ihr 9 Monate altes Söhnchen mit Gas umbrachte, mit all jener grotesken Feierlichkeit durch Spruch der Jury schuldig befunden und mit der souveränen Geste des Oberrichters, der sich sein schwarzes Käppchen auf die weisse Allongeperrücke steckte, zum Tode verurteilt. Das arme Weib, das mit Brennholz hausierte, fühlte sich von neuem schwanger und wollte nicht, dass das bereits geborene arme Wurm an diesem Leben länger leiden sollte. Es handelte sich gewissermassen um Mitleidstötung, die der Mutter sicher schwer genug fiel, mehr aber war auch noch eine durch die neue Schwangerschaft bedingte Sinnesverwirrung Ursache und Motiv der nach den Begriffen satter Europäer unmenschlichen Tat. Zwölf wohlgenährte Gentlemen erkannten auf Schuld und, ob und inwieweit sie ihrem Gemüte den schweren Entschluss abrangen, sie der Begnadigung zu empfehlen, wird nicht gesagt. - Immerhin hat aber die Tat vermocht, einen Teil des englischen Gewissens aufzurütteln und nicht nur die Presse wandte sich gegen den Prozess und die Art und Weise wie man eine Schwangere vor die Schranken des Halsgerichtes schleppte, sondern die Tatsache, dass man es überhaupt tat, erweckte regen Protest. Ein Abgeordneter teilt mit, dass er dem Minister des Innern geschrieben habe, man hätte der schwangeren Frau den Prozess ersparen und die Verhandlung bis nach der Geburt aufschieben sollen; die Zeremonie sei angesichts des Zustandes der Frau von barbarischer Grausamkeit gewesen ... Denn noch immer ist sie rechtskräftig verurteilt und hat auch einen Aufschub der Hinrichtung erhalten. Formell wird sie nun, nachdem die für diesen Fall besonders eingesetzte Jury von Matronen ihre Schwangerschaft geprüft und ein Arzt ihre in einigen Wochen erfolgende Entbindung vorausgesagt hat, - ein uraltes Zeremoniell des englischen Rechtes, welches übrigens auch schon versagt hat - nach der Geburt des Kindes hingerichtet werden - wenn nicht durch ein im Unterhaus vorgeschlagenes Ausnahmegesetz das Urteil überhaupt aufgehoben wird.

Vorgeburtliche Schädigung!

Der Londoner Sexual=Prozess ist ebenso fragwürdig, wie der Berliner gegen Lieschen Neumann, denn die Wissenschaft hat längst erkannt, dass es eine vorgeburtliche Erziehung genau so gibt, wie auch eine vorgeburtliche psychische Schädigung durch auf die Seele wirkende Traumen. Man darf ruhig sagen, dass ein derart mörderischer Halsgerichtsprozess derart schädigend auf die Frucht wirkt, dass auf alle Fälle nur unglückliches und lebensunwertes Leben geboren wird. So wird auch, denkt man an die tieferen Folgen, der Neumann=Prozess einer der zweifelhaftesten Sexualprozesse werden, wie etwa der Kranz=Prozess oder der Frenzel=Prozess, und selbst bei würdigster Prozessführung wird er einem doch als unglücklich vorkommen. Natürlich liegt eine prozessuale Notwendigkeit zur Vernehmung und vielleicht auch zur Verurteilung der Angeklagten vor. Aber - das ist die Forderung, die alle ethisch argumentierenden Sexualwissenschaftler erheben - es sollte damit bis nach der Entbindung gewartet werden. Es widerstrebt nun einmal dem ethischen Empfinden, ein noch so verworfenes Kind, das sich überdies im Stadium einer der Entbindung nahen Schwangerschaft befindet, den Qualen eines Prozesses auszusetzen. Und es ist nicht nur ein Irrtum fundamentaler Art, sondern auch eine unnötige Grausamkeit, eine - nach Meinung der modernen Sexualwissenschaft - durch den Schwangerschaftsstoffwechsel bis zur Unzurechnungsfähigkeit vergiftete Frau nicht nur zu vernehmen, sondern überhaupt beurteilen und verurteilen zu wollen. Um wieviel mehr gilt das für eine nur Sechzehnjährige!

Die Praxis des Mittelalters.

Es ist immerhin interessant zu wissen, dass man im sonst so viel grausameren Mittelalter weit humaner mit der Schwangeren umging als heute. War es damals allerdings ein gewisser Aberglauben, der sich um die Gelüste dieser Frauen gruppierte, so dürfte es heute doch die Feststellung der Sexualwissenschaft sein, welche die Justiz gleichgerichtet beeinflussen sollte. Damals glaubte man, dass allen Gelüsten der Frauen nachzugeben sei, damit nicht aus dem Kinde ein Monstrum werde. Heute weiss man, dass die Kindesentwicklung an das Blut zum Teil verwirrende Gifte abgibt. Damals richtete man sich nach den vermeintlichen Schädigungen, heute kapituliert man nicht einmal vor der Wissenschaft. 1533 hat man eine schwangere Frau, die in der Nacht ihren Mann schlachtete und aufzufressen begann, nach der Geburt von Drillingen nicht etwa wegen Gattenmordes hingerichtet, sondern lebenslänglich interniert. Todeswürdige Diebinnen hat man sowohl im alemannischen Gebiete (Zürich 1414 und 1422), wie auch in Regensburg, in Breslau und an anderen Orten einfach ausgewiesen und nicht einmal eingesperrt. Man schrieb ihre Handlungen den Gelüsten zu und behandelte die Abnormale auch rechtlich abnormal, nämlich im Sinne der Gnade und man bestrafte nicht einmal den Ehemann, wenn er im Auftrag seiner schwangeren Frau wilderte oder Früchte stahl.

Heute kennt man diese Rücksicht auf die Schwangere nicht mehr, denn die Justiz kennt ja auch keinen Aberglauben. Aber kennt sie genügend die Ergebnisse der Wissenschaft und die daraus folgenden ethischen Gebote? Es handelt sich in dem am 28. Januar beginnenden Prozess nicht um die Lieschen Neumann an sich, sondern um ein straf=ethisches Prinzip. Dann wenn die vorgeburtliche seelische Erbmasse einer Schwangeren vor Gericht vergiftet wird, dann ist - was auch immer der Anlass der Verhandlung sein mag - etwas nicht in Ordnung. Die Diskussion darüber wird nicht aufhören.

+ + +

Ein Goldbarren gestohlen. Die Baseler Kriminalpolizei verhaftete einen 20-jährigen Baseler Postangestellten, der einen aus Aegypten eingetroffenen und für Deutschland bestimmten Goldbarren im Werte von 23 000 Schweizer Franken gestohlen hatte. Das Gold konnte beschlagnahmt werden.

+ + +

Ludendorff am Schmelztiegel!

Tausend verrät Geheimnisse - aber nur den Sachverständigen - - .

SPD. München, 27. Januar (Eig. Drahtber.)

Das Ende des Münchener Tausend-Prozesses ist noch nicht abzusehen. So beantragte am Dienstag der Staatsanwalt die Vernehmung des italienischen Professors Dr. D. Sestini-Bergamo, der bestätigen soll, dass Tausend schon vor vier Jahren seine Erfindung der italienischen Regierung angeboten habe. Der Angeklagte erwiderte, dass er hier Märchen höre. Sein Verteidiger beantragte einen Gegenzeugen, Tausends früheren Rechtsberater Dr. Ritz-Bozen. Das Gericht beschloss die Ladung der Genannten für Sonnabend.

Der Mutterboden.

Die Dienstag-Verhandlung verlief für Tausend nicht ungünstig. Nur ein früherer Mitarbeiter des Angeklagten, der Friedrichshafener Kaufmann Wilhelm Krose, erwähnte einen seltsamen Vorfall. Dem Zeugen fiel einmal Gold im Kassenschrank Tausends auf. Es kamen ihm deshalb Bedenken, worauf ihm Tausend erklärt haben soll, dass er hin und wieder etwas Gold in die Schmelzmasse tue, um eine gewisse "Anreicherung" der Masse, so eine Art "Mutterboden", für das zu gewinnende Gold zu bekommen, was die Herstellung erleichtere. Der Zeuge glaubt an keinen Schwindel. Krose wusste auch über das in Bremen begonnene Tausend'sche Zinkverfahren einiges zu erzählen. Man wollte sich mit der Zinkgewinnung beschäftigen, um sich insgeheim besser der Goldproduktion widmen zu können. Aber die Sache kam nicht vom Fleck.

Ludendorffs Vertrauensmann.

Zu einem Hörsaal für theoretische Chemie, Abteilung Goldmacherei wurde der Schwurgerichtssaal, als Tausends Konkurrenz, der Freiburger Chemiker Johannes Kummer, vernommen wurde. Er war der Vertrauensmann Ludendorffs, der in seinem Auftrag das Tausend'sche Goldverfahren geprüft hat, obschon Ludendorff bei einigen Experimenten persönlich anwesend war. Kummer hat nach der Methode Tausends selber Goldversuche gemacht und auch nach seiner Angabe kleine Mengen Goldes erzielt. In einem Brief an den Untersuchungsrichter hat er geschrieben, dass die Erfindung Tausends das ganze bisherige System der Chemie umstosse und sie geradezu "seelisch erschütterte". Vorsitzender: "Glauben Sie heute noch, dass Tausend Gold machen kann?" - Zeuge: "Ja, unbedingt". Vorsitzender: "Glauben Sie auch an die Grossproduktion?" - Zeuge: "Ich glaube, dass es bis zu einem Kilogramm möglich sein wird."

"Guter Mond..."

Kummer entwickelt daraufhin ausführlich eine neue Theorie über die Herstellung von Gold, zu der er aufgrund jahrelanger Versuche gekommen sein will. Seiner Ansicht nach soll auch der Mond einen gewissen Einfluss haben. Der Vorsitzende entnimmt aus den Akten einen geheimnisvollen Zettel, dessen Text von dem Zeugen Kummer herrühren soll: "Der Isar-Kiesel ist gelungen. Ich bin erschüttert von der unheimlichen Macht, die sich mit uns verbindet". Es soll sich hier um einen "gelungenen" Versuch Kummers gehandelt haben.

1927 schied Kummer aus der Tausend-Gesellschaft aus und machte mit Buckeley, Küchenmeister und anderen ein Konkurrenzunternehmen auf, doch tat Tausend diese Konkurrenz nicht wehe. Auch sie kam nicht zur Kiloweisenherstellung von Gold.

Schliesslich wurde am Dienstag-Nachmittag eine interne Besprechung zwischen Tausend und den Sachverständigen abgehalten, in der ihnen Tausend unter Wahrung des Fabrikationsgeheimnisses näheres über seine Theorie auseinandersetzte...

+ + +

Verurteilter Nazi. Vom Schöffengericht Berlin=Schöneberg wurde der 20jährige Zimmermann Louis Kühnemann unter Zubilligung einer Bewährungsfrist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Kühnemann hat an den Nazidemonstrationen gegen den Film "Im Westen nichts Neues" teilgenommen und Polizeibeamte mit Steinen beworfen. Die von dem Angeklagten herbeizitierten Entlastungszeugen, die u.a. nach bekanntem Muster behaupteten, zurzeit der Demonstration nur "zufällig" am Nollendorfplatz gewesen zu sein, wurden vom Gericht als unglaubwürdig bezeichnet.

+ + +
Lundborg abgestürzt! Nobiles Retter, der schwedische Fliegerhauptmann Lundborg, stürzte über dem Stockholmer Flugplatz aus 40 Meter Höhe ab. Lundborg erlitt schwere innere Verletzungen, an deren Folgen er wenige Stunden später im Krankenhaus Linköping verschied. Die Nachricht von dem Ableben des Fliegers verbreitete sich wie ein Lauffeuer in Stockholm und erregte in allen Kreisen grösste Trauer. Lundborg galt als einer der hervorragendsten schwedischen Flieger.

+ + +
Buenaventura abgebrannt! In der an der pazifischen Küste gelegenen columbischen Hafenstadt Buenaventura brach ein Grossfeuer aus, durch das zwei Drittel der Stadt, u.a. das Geschäftsviertel, in kurzer Zeit eingeäschert wurde. Der materielle Schaden beläuft sich auf rund fünf Millionen Dollar. Während der Löscharbeiten versuchte Mob, in die Häuser einzudringen und zu plündern. Tausende wurden durch das Feuer, das offenbar auf Brandstiftung zurückzuführen ist, obdachlos. Hilflos und verzweifelt irren sie durch die Strassen.

+ + +
Drama der Not. Ein in Heidenau bei Dresden wohnhafter Sohn eines in Dresden wohnenden Bäckereigehilfen erhielt am Dienstag von seinen Eltern einen Brief, in dem sie ihm mitteilten, dass sie die Absicht hätten, aus wirtschaftlichen Sorgen gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Der Sohn benachrichtigte sofort die Dresdner Polizei. Als die Wohnung geöffnet wurde, fand man das Ehepaar sowie deren 16jährigen Sohn mit Gas vergiftet tot auf. Alle drei haben, wie aus dem Inhalt des gemeinsamen Abschiedsbriefes hervorgeht, im gegenseitigen Einverständnis gehandelt, da sie eine trostlose Zukunft vor sich sahen.

+ + +
700 000 Mark Schadenersatz! Um den Tod des bekannten Architekten Professor Körser, den Erbauer verschiedener Hochhäuser in Köln, Aachen, Essen und Düsseldorf, hat vor dem Kölner Landgericht ein höchst eigenartiger Prozess begonnen. Einige Zeit vor dem Tode Körzers hatte der "Kölner Stadtanzeiger" eine Nachricht aufgenommen, wonach Professor Körser in Zahlungsschwierigkeiten geraten sein sollte. Diese Nachricht entsprach nicht den Tatsachen. Schon vor seinem Tode hatte Körser eine Schadenersatzklage anhängig gemacht. Seine Angehörigen erweiterten diese Klage, da sie den Tod des Architekten in unmittelbare Beziehung zu der falschen Nachricht bringen. Sie klagen jetzt eine Summe von 700 000 Mark ein. Der Prozess wird sich wahrscheinlich in verschiedenen Instanzen jahrelang hinziehen.

+ + +
"Tiefe" Liebe. Im Februar vorigen Jahres hatte ein 27jähriger Erwerbsloser seine 23jährige Geliebte, mit der er zusammen lebte, nach einem vorausgegangen kurzen Streit drei Stockwerke tief zum Fenster hinausgeworfen. Das Mädchen wurde schwer verletzt, konnte aber völlig wiederhergestellt werden. Nunmehr hatte sich der Liebhaber wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Zu dem Termin erschienen der Angeklagte und seine Geliebte Arm in Arm. Sie erklärten, dass sie sich wieder ausgesöhnt hätten, und dass sie in allernächster Zeit heiraten wollten. Da die Braut ihre Aussage verweigerte und sonst keine Zeugen vorhanden sind, konnte der Angeklagte nicht verurteilt werden. Der Vorsitzende vertagte die Verhandlung auf unbestimmte Zeit.



Der Kampf um den Lohn.

Tariflicher und übertariflicher Verdienst.

SPD. Der Geltungsbereich des Tarifvertrags hat sich im Vergleich zur Vorkriegszeit verzehnfacht. Im Jahre 1913 erstreckten sich die Tarifverträge auf Betriebe mit rund 1,4 Millionen Geschäftigten; für etwa 7% der Arbeiterschaft waren die Arbeitsbedingungen tariflich geregelt, für die übrigen 93% wurden sie "frei" in den Betrieben vereinbart. Heute werden durch Tarifverträge direkt rund 12 Millionen Arbeitnehmer erfasst; heute ist der tariflich gebundene Lohn nicht mehr wie vor dem Krieg eine Ausnahme, heute wird der tariflose Zustand vielmehr als Ausnahme betrachtet. Dieser Tatbestand muss im Auge behalten werden, wenn man die Lohnabbau Bewegung in ihrer Bedeutung und ihren Wirkungen richtig beurteilen will.

Auch früher gab es zwischen Tariflohn und tatsächlichem Verdienst eine Spanne, allein in einer Wirtschaft, in der man die Lohnbedingungen "frei" regelt, und einen Tarifvertrag nur als Ausnahme kennt, hat diese Spanne naturgemäss eine andere Bedeutung als dort, wo die Arbeitsbedingungen grundsätzlich auf Tarifverträgen beruhen. Ueber diese Frage bringt "Die Arbeit", die vom ADGB herausgegebene Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, eine instruktive Untersuchung von Woytinski.

Bei der Vorherrschaft der tariflichen Regelung der Löhne - so führt Woytinski aus - bedeutet eine allzu grosse Spanne zwischen den tatsächlichen Arbeitsverdiensten und Tariflöhnen, dass der Lohn der betreffenden Arbeitnehmergruppe tariflich nicht gebunden und folglich auch nicht geschützt ist. Es herrscht hier also in bezug auf die Löhne tatsächlich ein tarifloser Zustand, und zwar gleichgültig, ob dies auf besonders hohe Akkordverdienste oder auf ungewöhnlich tiefe Tariflohnsätze zurückzuführen ist. In beiden Fällen ist das die ganze Wirtschaft umspannende Tarifsysteem an diesem Punkt durchbrochen. Eine solche Durchbrechung kann sich allmählich entwickelt haben und eine zeitlang unauffällig bleiben; bei einem ernstesten Druck auf die Löhne wird sie sich jedoch fühlbar machen. Daraus erklärt sich, dass die Frage nach der Spanne zwischen den tariflichen und den tatsächlichen Löhnen mit der Entwicklung des Tarifwesens eine ganz andere Bedeutung gewonnen hat.

Woytinski untersucht das Ergebnis der amtlichen Lohnerhebungen in den Jahren 1927 bis 1929, die Bewegung der Tariflöhne sowie der tatsächlichen Arbeitsverdienste und kommt dabei zu folgendem interessanten Resultat:

Unter der Vorherrschaft des Tarifsystems zerlegt sich der Lohn in zwei Bestandteile mit verschiedener volkswirtschaftlicher Bedeutung: Der Tariflohn stellt den verhältnismässig unbeweglichen Teil des Lohns dar, der möglichst einheitlich für den ganzen Verlauf und für längere Frist festgesetzt wird; der übertarifliche Verdienst ist der bewegliche Teil des Lohnes, der sich von Betrieb zu Betrieb und von Monat zu Monat verändern kann. Der Tariflohn wies in den letzten Jahren eine strukturelle Aufstiegsbewegung auf, die im grossen und ganzem dem Fortschritt der Wirtschaft entsprach und deren Schnelligkeit jederzeit für die Wirtschaftslage (Konjunktur) bedingt war. Die übertariflichen Verdienste dagegen schwankten mit jedem Auf- und Abstieg der Konjunktur. Diese doppelte Bewegung entspricht der wirtschafts- und sozialpolitischen Funktion des kollektiven Arbeitsabkommens, das die Vereinheitlichung und Stabilisierung der Lohnbedingungen ohne Gefährdung ihrer Beweglichkeit und Anpassungsfähig-

keit anstrebt.

Wenn dies jedoch der Sinn des Systems von Tarifverträgen ist, dann muss man sich hüten, dieses System widersinnig zu machen. Widersinnig wird es, wenn die tariflichen Lohnsätze so tief unter dem Stand der tatsächlichen Verdienste gehalten werden, dass sie diese nicht mehr zu beeinflussen, d.h. zu vereinheitlichen und zu stabilisieren vermögen. Wo der übertarifliche Verdienst 50, 70 oder sogar 100 v.H. des Tariflohns beträgt, herrscht tatsächlich ein tarifloser Zustand, für den nicht allein die Vertragsparteien, sondern nicht zuletzt die Schlichtungsinstanzen die Verantwortung tragen, deren Pflicht es ist, zur gegebenen Zeit den Vertragsparteien klarzumachen, dass die Tarifverträge, die sie abschliessen, keinen Sinn haben, und darauf zu dringen, dass die fiktiven Tarifsätze aus der Welt geschafft werden.

Dies fällt aber nicht schwer ins Gewicht im Vergleich mit dem anderen Widersinn, der sich gegenwärtig vor unseren Augen abspielt, mit dem Versuch der Regierung und des Reichsarbeitsministers, die Tariflöhne in einen Spielball der Konjunkturschwankungen zu verwandeln.

Gegen das Abgleiten des Arbeitsverdienstes bei der Depression gibt es leider kein Mittel. Der Sinn des Tarifsystems ist aber, dass es im voraus diese Bewegung in einen Rahmen zwingt: Die übertariflichen, mit der Konjunktur gestiegenen, Verdienste können herabgedrückt werden, an den Tariflöhnen aber dagegen nicht gerüttelt werden! Auf diese Weise wird ein wichtiges Element der Stabilität der wirtschaftlichen Bedingungen geschaffen.

Ein Reichsarbeitsminister, der sich nach der Senkung der übertariflichen Verdienste an die Spitze des allgemeinen Angriffs des Unternehmertums gegen die Tariflöhne stellt, verkennt den Sinn der tarifvertraglichen Regelung der Löhne, ebenso wie die Folgen seiner Politik. Gleichzeitig mit der Untergrabung des Vertrauens der Arbeiterschaft zum Tarif- und Schlichtungswesen führt diese Politik zur Verschärfung der auf der gesamten Volkswirtschaft lastenden Baisse-Psychose: Die allmähliche Abbröckelung der Tariflöhne lässt die Bevölkerung eine Preissenkung erwarten (die in Wirklichkeit kaum kommen wird) und unterstützt jenen Generalstreik der Käufer, der zwangsläufig zur weiteren Einschränkung der Produktion und Steigerung der Arbeitslosigkeit führt. Dies alles inmitten einer schweren Vertrauenskrise, wo alles auf die Aufrechterhaltung und Stärkung der Stabilität der Wirtschaft eingestellt werden müsste!

SPD. In der ersten Januarhälfte ist auf dem westfälischen Arbeitsmarkt eine weitere Verschlechterung eingetreten. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger stieg um 26 849 auf 259 012. Die Zahl der Arbeitssuchenden erhöhte sich von 347 737 auf 382 788. Die erneute starke Zunahme der Arbeitslosigkeit führt das Landesarbeitsamt in der Hauptsache auf jahreszeitliche Einflüsse zurück. Der konjunkturelle Rückgang habe sich etwas verlangsamt.

SPD. Was kostet die Arbeitsdienstpflicht? Die Antwort auf diese Frage gibt Ministerialrat Lehfeldt, der Sachberater des Arbeitsdienstproblems im Reichsarbeitsministerium in der soeben erschienenen Nummer 3 des Reichsarbeitsblatt. Er kommt zu der Feststellung, dass sich höchstens eine Gesamtersparnis von 420 Millionen an Arbeitslosenunterstützung errechnen lasse. Dieser Ersparnis steht aber ein Kostenaufwand von 1,35 Milliarden gegenüber. Der wirtschaftliche Wert und Ertrag der Arbeitsdienstpflicht lasse sich überhaupt nicht schätzen. Jedenfalls würden nur die Mehrkosten gedeckt, die die Dienstpflicht gegenüber der reinen Unterstützung verursacht.

Was geht in Berlin vor?

Das Projekt der Substanzveräusserung.

SPD. Die deutsche Oeffentlichkeit beschäftigt sich gegenwärtig wieder stark mit der Finanzpolitik der Reichshauptstadt. Es liegen Beschlüsse des Berliner Magistrats vor, mit öffentlichen Grossunternehmungen zu verhandeln, um nötigenfalls durch teilweisen Werksverkauf aus den erwarteten Erlösen einen grösseren Teil der schwebenden Schulden Berlins abzudecken. Die Sache ist wieder ein fetter Happen für die Sensationspresse aller Gruppen, und es ist zweckmässig, dem politischen Missbrauch der Vorgänge durch sachgemässe Erörterungen vorzubeugen.

Bei den Berliner Vorgängen und Plänen handelt es sich kurz um folgendes: Innerhalb Jahresfrist dürften etwa 600 Millionen Mark kurzfristig an Berlin gewährte Kredite zur Zurückzahlung fällig werden. In der Hauptsache gehen die Kredite auf den Ausbau der Berliner Verkehrsmittel und auf dazu notwendige Grundstückserwerbungen zurück. In einer solchen Lage wäre die Aufnahme einer Anleihe, die in 25 oder 30 Jahren getilgt wird, deren Erlös aber sofort zur Zurückzahlung der schwebenden Schuld verwendet wird, das Gegebene. Das aussergewöhnlich und überraschende Moment ist nun, dass diese Anleihe nicht aufgelegt wird und dass man stattdessen einen Teil der in den städtischen Werken vorhandenen Substanz verkauft, um aus dem Erlös dieser Verkäufe einen Teil der Schulden zurückzuzahlen.

Nun ist es selbstverständlich, dass die Stadt Berlin nicht aus freien Stücken den normalen Weg der Anleiheaufnahme unterlässt und den aussergewöhnlichen Weg des Substanzverkaufs einschlägt. Die einfache Erklärung dafür ist die Tatsache, dass es gegenwärtig der Stadt Berlin nicht besser geht als sämtlichen übrigen deutschen Grosstädten. Die Stadt Berlin ist gegenwärtig wie diese einfach nicht in der Lage, im Ausland eine Anleihe von der Grösse, wie sie erforderlich wäre, aufzunehmen. Dem hat der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht durch seine Zerstörung des öffentlichen Kredits zu stark entgegengebeitet. Dem steht das starke Absinken der deutschen Anleihemarkurse in New York entgegen und dazu die Erklärung der amerikanischen Banken, im gegenwärtigen Augenblick das amerikanische Publikum zur Zeichnung grosser deutscher Kommunalanleihen kaum veranlassen zu können. Auf der anderen Seite sind die deutschen Banken, die grossenteils die Gläubiger der noch schwebenden Kredite sind, teils weil sie durch das Einfrieren anderer Kredite selbst unter Druck stehen, teils weil sie den Kommunen die Finanzverlegenheiten gönnen, nicht bereit, den Grossteil der schwebenden Schuld Berlins einfach zu verlängern.

Die Stadt Berlin steht also durch die Unmöglichkeit der Anleihebeschaffung unter einem besonderen angesichts der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse aber durchaus verständlichen Druck, und es beweist nur eine zu respektierende Voraussicht, wenn die Stadt Berlin bemüht ist, der peinlichen Verlegenheit aus dem Wege zu gehen, bei den Gläubigerbanken um Nachsicht und Verlängerung der Kredite zu bitten, und stattdessen wenigstens für das Jahr 1931 eine grössere Teillösung der Finanzschwierigkeiten zuwege zu bringen. So konnte das Projekt entstehen, an zahlungs- und kreditfähige öffentliche Unternehmungsgruppen heranzutreten und ihnen die Beteiligung an städtischem Besitz anzubie-

ten, um aus dem Erlös einen grösseren Teil der schwebenden Schulden endgültig abzudecken. Zur Verfügung stehen der Stadt Berlin zu diesem Zweck in den Verkehrs-, Gas- und Kraftwerken grundsätzlich Milliardenwerte, jedoch scheinen die Projekte zunächst nur auf eine teilweise Beteiligung öffentlicher Grossunternehmungen an den städtischen Gaswerken hinauszugehen. Es ist daran gedacht, aus der jetzigen Betriebsgesellschaft Berliner Städtische Gaswerke A.G. eine Besitzgesellschaft zu machen mit einem Aktienkapital von vielleicht 100 bis 150 Millionen Mark und ausserdem 45 Millionen Aktien der Deutschen Gas A.G. einer gemischt-wirtschaftlichen Gasgesellschaft, an der u.a. auch die Dessauer Continental Gas-Gesellschaft beteiligt ist, zusammen mit einem Aktienpaket der neuen Besitzgesellschaft zu veräussern. Genannt wird als eventueller Erwerber in erster Linie die Preussische Elektrizitäts A.G., der Elektrotrust des preussischen Staates. Es ist natürlich, dass auf diesem Wege allein noch nicht so viel Geld hereinkommt als zur Konsolidierung der schwebenden Schuld für 1931 erforderlich ist und dass auf der anderen Seite, da ja dem preussischen Elektrotrust Gasinteressen bisher ziemlich fern gelegen haben, ein ähnliches Vorgehen der Stadt Berlin auch hinsichtlich der Elektrizitätswerke (Bewag) gewünscht wird, wofür wieder bei der Stadt Berlin zunächst nicht allzu viel Bereitschaft besteht. Die Berliner Städtischen Elektrizitätswerke (Bewag) sind sicher das wichtigste und wertvollste Aktivum der Stadt Berlin. Sie haben auch, da immer noch der Elektrizität die Zukunft gehört, die grössten Rentabilitätsaussichten.

Ohne dass nun in dieser Richtung schon irgendwelche Projekte der Stadt Berlin bestehen, ist auch die Tatsache interessant, dass auch die Beteiligung öffentlicher Unternehmungen an den Berliner städtischen Elektrizitätswerken schon eifrig diskutiert wird. Ein Interesse an der Bewag, und zwar ein vordringliches, hat die Reichselektrowerke A.G., der grosse Reichselektrotrust, der bereits einen grösseren Teil des in Berlin verbrauchten Stromes liefert und vor nicht langer Zeit eine Verlängerung und Erweiterung seiner Stromlieferungsverträge gegen die Gewährung eines 25 Millionen Kredits an Berlin erreicht hat. Wenn in Berlin bei den Elektrizitätswerken eine Besitzverschiebung eintreten würde, so hätten die Reichselektrowerke daran naturgemäss ein starkes Interesse. Die Dinge scheinen aber heute noch so zu liegen, dass ein gewisser Kirchturmgeist und kleinliche Eifersüchteleien einem Zusammenwirken der preussischen Elektrogruppe und der Reichselektrowerke noch im Wege stehen. Wenn schon Berlin durch die Macht der Verhältnisse unter Druck gesetzt ist, und wenn eine Beteiligung grösserer öffentlicher Gruppen auch an den Elektrizitätswerken zweckmässig wäre, so wäre es selbstverständlich das Gegebene, dass Reich und Preussen im eigenen Interesse und im Interesse Berlins dabei zusammenwirken. Es kommt nämlich hinzu, dass die Notlage, aus der die Stadt handelt, elektrowirtschaftlich auch etwas Gutes haben kann. Schön längst ist die Vereinheitlichung der deutschen Elektrowirtschaft als volkswirtschaftliche Notwendigkeit erkannt und dieser Vereinheitlichung könnte gerade durch das Zusammenwirken grosser öffentlicher Elektrogruppen im Falle Berlin ein wesentlicher Dienst geleistet werden. Man müsste also, falls für die Zukunft Gelegenheit zur Kooperation bietet, von Preussen und dem Reich verlangen, dass sie auch im Interesse der Vereinheitlichung der deutschen Elektrowirtschaft in Berlin zusammen und nicht gegeneinander wirken.

So liegen die Dinge in Berlin. Die deutsche Sensationspresse hat keinerlei Anlass, hier wieder irgendwelche Skandale und Skandälchen zu konstruieren. Der einzige Skandal, von dem hier geredet werden dürfte, ist die seinerzeit von Dr. Scacht systematisch geförderte Kreditzerstörung und systematisch geförderte Privatisierungskampagne gegen die öffentliche Wirtschaft, die eben so wie die grösste Zahl der deutschen Grosstädte auch die Stadt Berlin zu den jetzigen Finanzverlegenheiten geführt haben.

SPD. Der Reichsernährungsminister eröffnete am Dienstag mit einer Ansprache einen vom Deutschen Landwirtschaftsrat veranstalteten Lehrgang für landwirtschaftliche Absatzfragen. Die Abhaltung solcher Lehrgänge ist durchaus zu begrüßen. Sie eröffnen hoffentlich eine neue Aera der Betätigung dieser wirtschaftspolitischen Spitzenvertretung der deutschen Landwirtschaft, die bisher einer der eifrigsten Streiter im Kampfe um Hochschutzzölle war. Die Erkenntnis, dass der Landwirt sich auch um den Absatz seiner Produkte bekümmern muss und auf die Geschmacksrichtungen der Konsumenten einzugehen hat, scheint im Laufe der Zeiten von den fortschrittlich gerichteten Agrarpolitikern, von denen diese grundsätzliche Aenderung der Einstellung der Landwirtschaft schon längst gefordert wurde, auch bis in das Bewusstsein der unter grossagrarischer Führung stehenden Organisationen der Landwirtschaft gedrungen zu sein.

Schiele entwickelte in seinem Vortrag einen Reichsbestellungsplan, um die Produktion der deutschen Landwirtschaft umzugestalten. Die Landwirte müssen den Anbau von solchen Produkten in stärkerem Masse ausdehnen, deren Konsum noch erweiterungsfähig ist und nicht wie bisher vor allem Getreide erzeugen. Er wies auf die Notwendigkeit der Umstellung von Roggenanbau zur vermehrten Produktion von Weizen, Futtergetreide usw. hin. d.h. auf eine stärkere Betonung der Viehwirtschaft.

"Wenn man's so hört, so könnt' es leidlich scheinen!" Aber im nächsten Satz schon sprach Schiele der Landwirtschaft das Recht zu, eine Erhöhung der Zölle auf Fleisch und Molkereierzeugnisse zu fordern, was lebhaften Beifall hervorrief.

SPD. Aus den Veröffentlichungen des Deutschen Landwirtschaftsrats über die Anbauflächen für Winterroggen und Winterweizen geht hervor, dass die Umstellung vom Roggen- auf den Weizenbau überraschenderweise in Ostpreussen am allerstärksten vor sich gegangen ist. Die Roggenanbaufläche hat sich in Ostpreussen um 15,2% verkleinert, die Weizenanbaufläche dagegen um 44,5% vergrößert. Damit werden alle diejenigen ins Unrecht gesetzt, die die Vergrößerung der Weizenanbaufläche in Ostdeutschland in erheblicherem Umfange als Unmöglichkeit hingestellt haben. Hoffentlich lassen sich diese Zweifler die durch die Tatsachen erfolgte Widerlegung zur Lehre dienen.

SPD. Durch die Handelsvertretung der Sowjetregierung sind mehreren deutschen Werkzeugmaschinenfabriken (darunter Ludwig Loewe-Berlin, Pittler-Leipzig, Reinecke A.G. Chemnitz, Stock-Berlin, Wanderer-Werke-Chemnitz) grössere Aufträge im Durchschnittswert von 300 000 bis 400 000 Mark erteilt worden. Auch mit der Deutsch-oberschlesischen Eisenindustrie werden Lieferungsverträge abgeschlossen. So erhielten die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke in Gleiwitz einen Auftrag über 8000 Tonnen Walzeisen und Schmiedestücke und die Bor-sig-Werke A.G. in Oberschlesien einen Auftrag über etwa 7000 Tonnen Grob- und Mittelbleche.

SPD. Ueber die Bankenzusammenbrüche in den Vereinigten Staaten hat das Bundesreserveamt eine interessante Zusammenstellung veröffentlicht. Danach brachte der Monat Dezember eine Rekordziffer der Zusammenbrüche. 328 Banken stellten im Dezember ihre Zahlungen ein gegen 236 im November. Die Verpflichtungen waren mit 407 Millionen Dollar fast doppelt so hoch als im Monat vorher. Für das ganze Jahr 1930 ergaben sich in den Vereinigten Staaten 1326 Bankenzusammenbrüche mit 904 Millionen Dollar Verbindlichkeiten gegen 642 mit 234,5 Millionen Dollar im Jahre 1929.

Der Saatenmarkt 1931.

SPD. Am Dienstag fand in Berlin der 12. Allgemeine Deutsche Saatenmarkt statt, auf dem sich ein grosser Teil des Produktenverkehrs abspielte. Der Markt fand in diesem Jahre in wesentlich kleineren Räumen statt, nämlich in den Ausstellungshallen im Lehrter Bahnhof, während im vergangenen Jahre noch einer der riesigen Ausstellungshallen am Kaiserdamm für die Veranstaltung herangezogen wurde. Der Besuch war zwar im allgemeinen recht gut, jedoch litt das Geschäft unter den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Kauflust der Landwirte war durch den herrschenden Geldmangel sehr beeinträchtigt. Im einzelnen wäre zu sagen, dass für die verschiedenen Kleesaaten sehr hohe Preise verlangt wurden, wodurch allein schon grössere Abschlüsse nicht zustande kamen. Auch Luzerne und Gras-Samen hatten sehr ruhiges Geschäft. Seradella, Lupinen und Pelusckchen deutscher Erzeugung waren sehr knapp angeboten, was mit den ungünstigen Ernteverhältnissen zusammenhängt. Auf den Markt kamen fast ausschliesslich östliche Angebote. Hierbei waren die Forderungen sehr hoch, während die Qualität ausserordentlich viel zu wünschen übrig liess, was natürlich gleichfalls das Geschäft beeinträchtigte. Auch in Hülsenfrüchten fanden nur geringe Umsätze statt. Wicken waren reichlich offeriert, fanden jedoch nur geringe Beachtung. Auch in Rübensamen aller Art lag ausserordentlich starkes Angebot bei bemerkenswert niedrigen Preisen vor.

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 27.1.1931.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM 0,50 - 0,70
" Weizenstroh "	" 0,45 - 0,60
" Haferstroh "	" 0,45 - 0,60
" Gerstenstroh "	" 0,55 - 0,65
Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	" 0,65 - 0,90
Bindfadengepresstes Roggenstroh	" 0,55 - 0,75
" Weizenstroh	" 0,50 - 0,65
Häcksel	" 1,30 - 1,50
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	" 1,30 - 1,60
Gutes Heu, gesund und trocken	" 1,70 - 2,10
Thymothee, lose	" 2,90 - 3,25
Kleeheu, lose	" 2,70 - 3,00
Mielitz-Heu, lose (Warthe)	" 1,60 - 1,80
" " " (Havel)	" 1,20 - 1,45
Drahtgepresstes Heu	" 0,30 über Notiz.

Tendenz still.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 27. Januar: I. 135 Mark, II. 125 Mark, III. 111 Mark je Zentner. Tendenz: stetig.

Brotgetreide schwächer.

(Berliner Getreidebörse vom 27. Januar.)

SPD. Beim Brotgetreide war die Tendenz am Dienstag für Weizen zunächst schwächer, konnte sich jedoch schim im Verlauf des Saatenmarktes und später an der Mittagsbörse merklich befestigen, sodass die anfänglichen Verluste wieder vollkommen ausgeglichen wurden. Das Angebot blieb klein, die Nachfrage regé. Auch am Markte der Zeitgeschäfte waren die Kurse behauptet. Roggen dagegen konnte seinen letzten Preisstand nicht voll behaupten. Sowohl am Markte der Zeitgeschäfte als auch im Handel mit effektiver Ware waren Kursverluste von etwa einer Mark zu verzeichnen, wobei allerdings die Umsätze sehr gering blieben. Auch Mehl hatte kleines Geschäft. Die Forderungen für Weizenmehl wurden zwar von den Mühlen noch unverändert belassen, doch zeigte sich hierzu keinerlei Nachfrage mehr. Roggenmehl hatte nur knappes Konsumgeschäft. Für Hafer war die Tendenz stetig, bei ziemlich reichlichem Angebot.

Die Berliner Produktenbörse war am Dienstag zahlreich von Landwirten besucht, die sich zu einem landwirtschaftlichen Absatzkurs in Berlin eingefunden hatten.

	<u>26. Januar</u>	<u>27. Januar</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	263½ - 265½	263½ - 265½
Roggen	159 - 161	159 - 161
Braugerste	199 - 213	200 - 213
Futter- und Industrierogerste	188 - 198	189 - 200
Hafer	140 - 147	140 - 147
Weizenmehl	29,75-37,00	30,25-37,25
Roggenmehl	23,75-26,70	23,75-26,70
Weizenkleie	10,75-11,00	11,00-11,25
Roggenkleie	9,50-10,00	9,50-10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 280½ - 279¼ (Vortag 280), Mai 288½ - 288 Brief (288½), Juli 290 - 289 Brief (291). Roggen März 178 - 177½ (178¼), Mai 184 - 183½ und Geld (185¼), Juli 185 - 184¼ (186½). Hafer März 154 (155), Mai 163½ (163½), Juli - (168½).

Berliner Viehmarkt.

SPD. Der Berliner Viehmarkt vom Dienstag war wieder ziemlich gut beschiekt. Auf dem Rindermarkt war das Angebot reichlich, die Nachfrage war gering, der Handel war schleppend und im allgemeinen gaben die Preise um 1 bis 2 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht nach. Bei den Kälbern genügte das Angebot ebenfalls; obwohl im wesentlichen die Preise unverändert blieben, herrschte doch eine Tendenz nach unten vor. Auch auf dem Schweinemarkt wurde die Nachfrage reichlich befriedigt, bei eher sinkenden als steigenden Preisen.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 35-40 (voriger Markt 35-42), b) 27-33 (28-34), c) 23-25 (23-25), d) 18-22 (18-22), Kälber: a) - (-), b) 58-65 (58-65), c) 50-57 (50-57), d) 35-45 (35-45). Schweine: a) (über 300 Pfund) 54 (54-55), b) (240-300 Pfund) 53-55 (53-55), c) (200-240 Pfund) 53-55 (52-55), d) (160-200 Pfund) 51 - 53 (50 - 53), e) (120-160 Pfund) 46 - 49 (46 - 49), f) (unter 120 Pfund - (-), g) (Sauen) 47 - 48 (47 - 48).

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 27. Januar 1931

Präsident Bartels eröffnet die erste Sitzung nach der Weihnachtspause mit einem Nachruf für den verstorbenen Zentrumsabgeordneten Herold, der dem preussischen Landtag 41 Jahre lang ununterbrochen angehört hat und der auch Alterspräsident der verfassunggebenden preussischen Nationalversammlung gewesen ist.

Der Nachruf wird von den Abgeordneten stehend angehört.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Abg. Borck (Dn.) zur Geschäftsordnung das Wort. Er bringt das Verbot der Reichsgründungsschulfeier in Frankfurt a. d. Oder zur Sprache und beantragt die sofortige Ueberweisung eines auf diesen Fall bezüglichen Antrags an den Ausschuss. - Die sofortige Ueberweisung wird durch Widerspruch von links unmöglich gemacht.

Abg. Haake (Nat. Soz.) erklärt, der preussische Landtag entspreche in seiner Zusammensetzung nicht dem politischen Willen der Bevölkerung. (Rufe links: "Wo ist Hinkler?") Die Nationalsozialisten, denen nicht einmal Ausschusssitze in diesem Hause eingeräumt seien, würden sich bei allen den Punkten zum Wort melden, die nur unter der Voraussetzung auf die Tagesordnung gesetzt sind, dass niemand dazu das Wort nimmt.

Abg. Wojtkowski (Komm.) verlangt die sofortige Beratung eines gegen die Polizei gerichteten Antrags, Abg. Stauer (Dn.) die sofortige Beratung eines Antrags, der sich mit den Verhältnissen bei der Kasseler Polizei beschäftigt. Diese Forderungen und ein weiterer Tagesordnungswunsch des Ab. Sobottka (Komm.) scheitern an dem Widerspruch der Sozialdemokraten. - Die ersten acht Punkte der Tagesordnung müssen von der Tagesordnung abgesetzt werden, weil die Nationalsozialisten Wortmeldungen eingereicht haben. - Ohne Aussprache wird dann das Ausführungsgesetz zur Bereinigung der Grundbücher dem Rechtsausschuss, die Vorlage über den Elbinger Kraffohlkanal und das Diätengesetz für die Staatsratsmitglieder dem Hauptausschuss überwiesen.

Es folgt die erste Beratung eines Urantrages der Regierungsparteien, wonach die Wahlzeit der Mitglieder der Landwirtschaftskammern um weitere sechs Monate verlängert werden soll. - Nach kurzer Aussprache wird die Vorlage mit den Stimmen der Regierungsparteien in erster und zweiter Lesung angenommen. Der sofortigen Vornahme der dritten Lesung wird von den Deutschnationalen widersprochen.

Es folgt die gemeinsame erste Beratung der Novellen zum Grundvermögenssteuergesetz, zur Hauszinssteuerverordnung und zur Gewerbesteuer für 1931. Mit diesen Novellen will die Staatsregierung den Bestimmungen Rechnung tragen, die in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 über die Realsteuern enthalten sind. Die Grundvermögenssteuer wird um ein Jahr verlängert, weil das endgültige Landesgrundsteuergesetz frühestens im Spätherbst 1931 vorgelegt werden kann. Die Steuerbefreiung für die nach dem 31.3.1924 fertiggestellten Wohnungsneubauten wird von fünf auf acht Jahre verlängert. Im neunten und zehnten Jahr soll nur die Hälfte der Steuer erhoben werden. Die Hauszinssteuer wird den Vorschriften der Notverordnung entsprechend geändert unter Anwendung der Ausnahmebestimmung, wonach nur die Hälfte der Wohnungsbaumittel dem Staate zuzufliessen braucht. - Die Gewerbesteuer wird gleichfalls den Vorschriften der Notverordnung angepasst. Die Anrechnung des Gewerbesteuers der beiden Jahre, die dem der Veranlagung für 1931 zugrunde liegenden Kalender- oder Wirtschaftsjahr vorausgegangen sind, soll nach der Novelle zulässig sein.

Abg. Becker-Wilmersdorf (Komm.) bekämpft die Vorlagen mit der Begründung, es handle sich dabei um Geschenke an die Hausagrarien auf Kosten der Mieter.

Ohne weitere Aussprache werden die Novellen mit den dazu vorliegenden Aenderungsanträgen dem Hauptausschuss überwiesen.

Abg. Kasper (Komm.) protestiert hierauf gegen die weiter auf der Tagesordnung stehende Verordnung des Staatsministeriums über die Beamtenehaltskürzung die der Notverordnung des Reichspräsidenten entspricht. Mit dieser Verordnung habe die preussische Regierung wiederum bewiesen, dass sie die festeste Stütze der faschistischen Brüning=Diktatur im Reiche sei. - Abg. Müller-Königsberg (Dn.) vermisst Aenderungsanträge der Sozialdemokraten. In Preussen nehme die Sozialdemokratie offenbar eine andere Haltung ein als im Reich. - Die Verordnung wird mit dem dazu von den Kommunisten eingebrachten Aufhebungsantrag dem Hauptausschuss überwiesen.

Hierauf wird die vor der Weihnachtspause abgebrochene Aussprache über die Denkschrift der Oberrechnungskammer für 1924, 1925 und 1926 fortgesetzt.

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) weist darauf hin, dass nach den Feststellungen der Oberrechnungskammer der Staat am Barmat=Skandal 23,7 Millionen verloren habe. Die nachträgliche Aufdeckung dieses und vieler anderen Korruptionsfälle hätte freilich nicht zu einer Aenderung des korrupten Systems geführt.

Die Abgg. Metzentnin (D.vp.), Werdes (Dtsch.Fraktion) und Kasten (Soz.) üben scharfe Kritik an den Vorgängen beim Bau des Nurburg-Ringes, wo der Voranschlag 2½ Millionen vorsah, während nachher 12 Millionen ausgegeben wurden.

Abg. Mentz (Wirtsch.Pt.) fordert grössere Machtbefugnisse für die Oberrechnungskammer. Sie sollte auch die Verwendung der Hauszinssteuer genau nachprüfen.

Damit ist die Aussprache beendet.

Auf Antrag der Kommunisten wird der Bericht der Oberrechnungskammer an den Ausschuss zurückverwiesen.

Um 5½ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die I.Beratung des Landwirtschafts- und Domänen=États.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD., Berlin, den 27. Jan. (Eig. Ber.)

Die Vollversammlung des Preussischen Landtages nahm am Dienstag ihre diesjährigen Arbeiten auf.

Nach alter Gewohnheit sollten zu Beginn der Sitzung eine grosse Anzahl von Kommissionsbeschlüssen vom Plenum ohne Debatte bestätigt werden. Die Nationalsozialisten meldeten sich aber zu jedem Gegenstand zu Wort. So mussten alle Ausschussberichte, auch soweit sie Westhilfe und Osthilfe betreffen, von der Tagesordnung abgesetzt werden. Natürlich liess die Deutschnationalen der Ruhm ihrer nationalsozialistischen Freunde und Nachbarn nicht schlafen; sie suchten im Wettbewerb mit ihnen die Verhandlungen zu stören, indem sie beantragten, alle möglichen Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen, mit denen sie gegen die preussische Regierung Stimmung zu machen hoffen. Vorgänge aus der Polizeiverwaltung Kassel, Reden des Polizeipräsidenten Grzesinski, das Verbot an die Beamten, sich für die Nationalsozialistische und die Kommunistische Partei zu betätigen, Erleichterung der Durchführung von Volksbegehren und Volksabstimmung usw. usw. sollten alle auf einmal erledigt werden, obwohl unmittelbar zuvor der Aeltestenausschuss beschlossen hatte, im Interesse der Etatberatung alles andere zurückzustellen. Kein Wort hatten die Deutschnationalen im Aeltestenrat von der Dringlichkeit ihrer Anfragen und Anträge geredet. Sie halten sie auch offenbar selbst nicht für dringlich. Aber sie nahmen die Gelegenheit wahr, um im Plenum wieder einmal wilde Obstruktion zu markieren.

Man muss ihnen dieses merkwürdige Vergnügen wohl gönnen. Denn nur hinter wilden Gesten können Nationalsozialisten und Deutschnationale notdürftig verbergen, dass man von dem mit grossem Lärm angekündigten Volksbegehren auf Abberufung des Kabinetts Braun und Auflösung des Landtages nicht mehr das geringste hört.

Auf der Tagesordnung der Sitzung selbst standen nur kleinere Vorlagen. So die erste Lesung der preussischen Steuergesetze für das Jahr 1931 und die Verlängerung der Amtsdauer der Landwirtschaftskammern um ein halbes Jahr. Diese macht sich dadurch notwendig, dass die im Ausschuss längst angenommene Reform der Landwirtschaftskammern im Plenum erst nach Ostern erledigt werden kann. Diese Reform besteht im wesentlichen in der Zuziehung einer -allerdings nicht ausreichenden- Zahl von Landarbeitern in die amtlichen Vertretungen der Landwirtschaft. Nationalsozialisten und Deutschnationale bekämpfen diese Erweiterung der Rechte der Landarbeiter aufs leidenschaftlichste. Hingebungsvoll unterstützen sie dabei die Kommunisten mit der üblichen fadenscheinig-durchsichtigen Ausrede, die Reform ginge ihnen nicht weit genug. Lediglich dieser Widerstand hat die rechtzeitige Verabschiedung des Reformgesetzes verhindert und die rechtzeitige Neuwahl der Landwirtschaftskammern vereitelt.

Am Mittwoch tritt der Landtag in die zweite Lesung des Haushaltsplans ein. Sie beginnt mit den Haushalten der Landwirtschaftlichen Verwaltung und soll nach Möglichkeit beschleunigt, möglichst noch vor Ostern völlig zum Abschluss gebracht werden.
